ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Wagner, Christian

Research Report

Indiens neue Beziehung zu Amerika: Zweckbündnis oder strategische Allianz?

SWP-Studie, No. S 27/2003

Provided in Cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Wagner, Christian (2003) : Indiens neue Beziehung zu Amerika: Zweckbündnis oder strategische Allianz?, SWP-Studie, No. S 27/2003, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/252476

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Studie
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Christian Wagner

Indiens neue Beziehung zu Amerika

Zweckbündnis oder strategische Allianz?

S 27
Juli 2003
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

Problemstellung und Schlußfolgerungen 5

Einleitung: Entfremdete Demokratien, strategische Partner, natürliche Verbündete? 7

Politikfelder 8
Regierungssystem: Allianz der Demokratien 8
Demokratie 8
Die Ordnung des Internationalen Systems 9
Sicherheit 10
Die Haltung gegenüber der VR China 10
Die Nuklearfrage 11
Die Raketenabwehr 13
Terrorismus 13
Militärische Zusammenarbeit 14
Wirtschaft: Liberalisierung und Weltmarktintegration 14
Kultur: Menschenrechte und Religion 17
Gesellschaft: Die Indian Americans 18
Zusammenfassung 20

Die Annäherung der regionalen Interessen 21
Südasien 21
Pakistan: Kargil, der 11. September und Kaschmir 22
Die USA in Südasien 25
Das südliche Asien 26
Südostasien 26
Westasien/Indischer Ozean 28
Zusammenfassung 29

Zusammenfassung und Ausblick: Strategische Allianz oder Zweckbündnis? 30

Abkürzungsverzeichnis 31

Indiens neue Beziehungen zu Amerika Zweckbündnis oder strategische Allianz?

Seit Anfang der neunziger Jahre ist eine zunehmende Annäherung und Zusammenarbeit zwischen Indien und den USA auf den unterschiedlichsten Gebieten zu beobachten. Ähnliche Ansätze gab es zwar bereits zu Beginn der sechziger Jahre, doch haben sie sich als nicht sehr dauerhaft erwiesen. Damit stellt sich die Frage, inwieweit die neue Kooperation die Grundlage für eine strategische Allianz bietet oder lediglich als Zweckbündnis zur Wahrung nationaler Interessen anzusehen ist. Die neuen Gemeinsamkeiten zwischen beiden Staaten erlauben den Schluß, daß unter den gegenwärtigen innenpolitischen Konstellationen die bilateralen Beziehungen stärker in Richtung strategische Allianz weisen. Beide Staaten teilen nicht nur Interessen in einzelnen Politikfeldern, sondern sehen in gemeinsamen Wertvorstellungen die Grundlage für ihre Zusammenarbeit.

Im *bilateralen* Bereich zeigt sich dies an dem von Indien und den USA wiederholt geäußerten Bekenntnis zu Demokratie und marktorientierter Wirtschaftspolitik. Zu den gemeinsamen Interessen zählen die kritische Haltung gegenüber China und die Verpflichtung zum Kampf gegen den Terrorismus. Indien ist einer der wenigen Staaten, der die Pläne der Bush-Administration zum Aufbau eines nationalen Raketenabwehrsystems unterstützt und multilaterale Sicherheitsstrukturen wie die Einrichtung des Internationalen Strafgerichtshofs ebenfalls ablehnt.

Es existieren zwar weiterhin einige Differenzen, etwa in der Nuklearfrage, bei den Patentrechten, in der Frage des Marktzugangs indischer Produkte in den USA sowie bei der Verfolgung religiöser Minderheiten in Indien. Jedoch stehen unter den derzeitigen parteipolitischen Konstellationen die Gemeinsamkeiten in Politik und Wirtschaft zwischen Indien und den USA im Vordergrund der Beziehungen.

Mit den Indian Americans in den USA gibt es zudem einen neuen politischen Akteur im bilateralen Verhältnis. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke haben sie in den neunziger Jahren indische Anliegen in der innenpolitischen Agenda der USA verankert und damit maßgeblich zur Annäherung zwischen beiden Staaten beigetragen.

Ausgehend von den bilateralen Gemeinsamkeiten ist eine Annäherung der *regionalen* Interessen zwischen

Indien und den USA in Südasien und im südlichen Asien zu beobachten. Diese äußert sich unter anderem in der wachsenden militärtechnischen Kooperation Indiens mit Israel unter Einbeziehung der USA, in der Zusammenarbeit Indiens und der USA in Südostasien im Rahmen der Antiterror-Koalition sowie im verstärkten Engagement der USA in Südasien.

Das indische Kalkül, der amerikanische Druck auf Pakistan werde sich im Rahmen der Antiterror-Koalition verstärken, um die Anschläge islamistischer Extremisten in Indien einzudämmen, ist bisher nicht aufgegangen. Die besonderen Beziehungen der USA zu Pakistan, die in der Vergangenheit das indisch-amerikanische Verhältnis immer wieder belastet haben, bestehen fort. Allerdings hat dies im Unterschied zu früher weder auf amerikanischer noch auf indischer Seite bislang dazu geführt, die Grundlagen der gemeinsamen Zusammenarbeit in Frage zu stellen. Dies unterstützt die These von der neuen strategischen Allianz zwischen beiden Staaten.

Auf *internationaler* Ebene gilt Indien in den USA mittlerweile als eine potentielle Großmacht, die in einem Atemzug mit China und Rußland genannt wird. Da China von den USA zunehmend als künftiger strategischer Rivale gesehen wird, hat Indien für eine langfristige Zusammenarbeit mit den USA im asiatisch-pazifischen Raum an Bedeutung gewonnen. Indien seinerseits glaubt, durch Verbesserung der Beziehungen zur Supermacht USA seine Ambitionen auf einen Großmachtstatus im internationalen System des 21. Jahrhunderts durchsetzen zu können, zum Beispiel im Hinblick auf eine Reform des Sicherheitsrates, in dem Indien seit Jahren einen ständigen Sitz beansprucht.

Differenzen zwischen Indien und den USA gibt es auch auf internationaler Ebene. So hat Indien seine Beziehungen zu China in den neunziger Jahren ausgebaut und betont wie China und Rußland eine multipolare Weltordnung. Solche Differenzen sind bislang aber noch ohne konkrete Auswirkungen auf die indisch-amerikanische Zusammenarbeit geblieben. Zwischen Indien, China und den USA hat sich mittlerweile eine Art von »Balance of Power«-Konstellation herausgebildet. In ihren bilateralen Beziehungen teilen alle drei Staaten eine Reihe von gemeinsamen Interessen und Problemen gegenüber dem jeweiligen Drittstaat. Damit ist es Indien gelungen, seine internationale Position nach dem Ende des Kalten Krieges trotz der Nuklearversuche von 1998 deutlich zu verbessern.

Einleitung: Entfremdete Demokratien, strategische Partner, natürliche Verbündete?

Indien und die USA fanden während des Ost-West-Konflikts nie zu einer dauerhaften Zusammenarbeit, wie es die gemeinsamen Werte der größten und der ältesten Demokratie nahegelegt hätten: Sie blieben »entfremdete Demokratien«.[1] Mit dem Ende des Kalten Krieges haben ihre Beziehungen aber eine neue Qualität erreicht, die in Bezeichnungen wie »strategische Partner« oder »natürliche Verbündete« zum Ausdruck kommt.[2] Skeptische Verlautbarungen sind demgegenüber seltener,[3] trotz der weiterhin vorhandenen Probleme zwischen beiden Staaten, wie der ablehnenden Haltung Indiens gegenüber dem Nichtverbreitungsvertrag von Kernwaffen, dem Streit um den Transfer von Hochtechnologie oder um Patentrechte.

Die indisch-amerikanischen Beziehungen stehen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts auf einer breiteren Grundlage als zuvor. Die wichtigsten Ursachen hierfür sind erstens die veränderten internationalen Konstellationen. Südasien ist im Hinblick auf sicherheitspolitische Herausforderungen wie Massenvernichtungswaffen und Terrorismus eine der zentralen Krisenregionen, in der Indien als Stabilitätsanker gesehen wird. Da China von der Bush-Regierung eher als strategischer Rivale denn als Partner wahrgenommen wird, hat auch die Bedeutung Indiens für die US-Außenpolitik im asiatisch-pazifischen Raum zugenommen. Galt die Indische Union im Januar 1997 in einem Bericht der Independent Task Force on South Asia noch als »aufstrebende Großmacht«, so wurde sie in der »National Security Strategy« der USA vom Herbst 2002 bereits in einem Atemzug mit Rußland und China als Großmacht genannt.[4] Indien sieht in der Aufwertung des Verhältnisses zu den USA eine Möglichkeit, seine internationale Position zu verbessern, um die seit langem angestrebte Anerkennung als Großmacht zu erreichen.

Zweitens haben die nationalen Veränderungen in Indien, vor allem die ab 1991 beginnende Politik der wirtschaftlichen Liberalisierung und Weltmarktintegration, das Interesse der USA an Indien gestärkt. Alle indischen Regierungen haben sich seitdem ehrgeizige Wachstumsziele von sechs Prozent und mehr pro Jahr gesteckt. Diese sind notwendig, um einerseits die Entwicklungsdefizite zu überwinden. Andererseits können nur damit die Kosten für Ausbau und Modernisierung der Streitkräfte und der indischen Nuklearmacht als Symbol für Großmachtstatus erwirtschaftet werden. Für die USA ist Indien mit seiner 150 bis 250 Millionen Menschen umfassenden Mittelschicht einer der größten Zukunftsmärkte.

Die neuen Gemeinsamkeiten und die fortbestehenden Differenzen sollen im ersten Teil am Beispiel der Politikfelder Regierungssystem, Sicherheit, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft erörtert werden. Im zweiten Teil wird die Annäherung der regionalen Interessen Indiens und der USA in Südasien und im südlichen Asien dargestellt.[5]

1 Vgl. Dennis *Kux*, Estranged Democracies. India and the United States 1941–1991, London/New Delhi 1994.

2 Die Redewendung der »natürlichen Verbündeten« wurde nach 1998 mehrfach vom indischen Premierminister Vajpayee in der Presse benutzt. Zur indisch-amerikanischen Partnerschaft aus indischer Perspektive siehe die Ausführungen von Foreign Secretary Kanwal *Sibal*, India–US Partnership. Meeting Emerging Security Challenges, Washington 2003. Aus amerikanischer Perspektive siehe die Ausführungen des amerikanischen Botschafters in Indien, Robert D. *Blackwill*, The United States, India and Asian Security, Paper presented to the Institute for Defence Analyses 5th Asian Security Conference, New Delhi 2003; sowie die Ausführungen des Direktors des Planungsstabs, Richard N. *Haass*, The United States and India: A Transformed Relationship, Remarks to Confederation of Indian Industry, Hyderabad 2003; zur strategischen Partnerschaft vgl. Subhash *Kapila*, India–USA Strategic Partnership – The Advent of the Inevitable, in: South Asia Analysis Group, http://www.saag.org/papers2/paer120.html (eingesehen am 12.4.2003).

3 Für eine kritischere Sicht der Beziehungen Indiens zu den USA vgl. *Institute of Peace and Conflict Studies*, India US Relations. Promoting Synergy, New Delhi 2003.

4 Zum Bericht der Independent Task Force on South Asia vgl. George *Perkovich*, India's Nuclear Bomb. The Impact on Global Proliferation, Oxford/New York 1999, S. 390; The National Security Strategy of the United States of America, Washington 2002, S. 27.

5 Südasien umfaßt die Indische Union und die Nachbarstaaten Bangladesch, Bhutan, die Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka. Das südliche Asien umfaßt dem indischen Verständnis nach die Staaten des Persischen Golfs, Zentralasiens und Südostasiens.

Politikfelder

Regierungssystem: Allianz der Demokratien

Demokratie

Seit ihrer Unabhängigkeit im August 1947 ist die Indische Union weltweit die größte Demokratie, in der seit 1951 regelmäßig Wahlen durchgeführt werden. Zu Zeiten des Ost-West-Konflikts schien dies eine gute Voraussetzung für eine enge Zusammenarbeit mit den westlichen Demokratien zu bilden. Indien galt bis Mitte der sechziger Jahre als ein wichtiges alternatives Entwicklungsmodell für die dekolonisierten Staaten in Asien gegenüber der kommunistischen Volksrepublik (VR) China.[6] Im ideologischen Kampf der Systeme schien es der »Hauptgewinn« in Asien zu sein, so daß selbst die US-Intervention in Südostasien zum Teil damit gerechtfertigt wurde, eine kommunistische Machtübernahme in Indien zu verhindern.[7]

Trotz der demokratischen Regierungssysteme in beiden Staaten entwickelte sich aber während des Ost-West-Konflikts keine gemeinsame Grundlage für eine dauerhafte Zusammenarbeit mit den USA. Die unterschiedlichen außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Prioritäten verhinderten, daß die gemeinsamen demokratischen Werte zur Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Indien und den USA werden konnten. Zudem blieben die persönlichen Beziehungen zwischen den Regierungschefs meist unterkühlt. Es zählt zu den Ironien dieser Epoche, daß die größte und die älteste Demokratie während des Kalten Krieges verschiedenen Lagern zugerechnet wurden.

Mit der dritten und vierten Welle der Demokratisierung etablierte sich ab Ende der achtziger Jahre ein internationaler Konsens über die Durchsetzung demokratischer Regierungsformen. Die Förderung der Demokratie wurde zu einem Schwerpunkt der US-Außenpolitik während der Amtszeit Präsident Clintons. Die Betonung demokratischer Werte als einer wichtigen Grundlage für bilaterale Zusammenarbeit führte in den der neunziger Jahren zu einer Wiederentdeckung der indischen Demokratie durch die USA. Die gemeinsamen demokratischen Werte gelten seither als Grundlage für die bilateralen Beziehungen und werden bei allen indisch-amerikanischen Begegnungen und offiziellen Verlautbarungen besonders hervorgehoben.

Die Übereinstimmung bei zentralen politischen Werten wurde von einer verstärkten Reisediplomatie in den neunziger Jahren begleitet, die das neue Interesse der beiden Staaten aneinander unterstrich. Vorläufiger Höhepunkt war der Besuch Clintons im März 2000. Der erste Staatsbesuch eines US-Präsidenten seit 22 Jahren in Indien zeigte die in der Vergangenheit geringe Bedeutung des Landes in der US-Außenpolitik. Die im Vorfeld in Indien herrschende »Clintonmania« illustrierte die positiven Erwartungen der indischen Mittelklasse und politischen Eliten an den Besuch. Clintons Reise verbesserte nicht nur die atmosphärischen Beziehungen, sondern beide Staaten schufen zugleich durch eine Reihe von Vereinbarungen neue Institutionen, um die bilaterale Zusammenarbeit zu festigen. Hierzu zählen im politischen Bereich regelmäßige Treffen der Regierungschefs sowie jährliche Treffen der Außenminister. Hinzu kommen Konsultationen der Außenministerien auf der Beamtenebene, die Einrichtung einer Koordinierungsgruppe, die im Weißen Haus und im Prime Minister's Office (PMO) angesiedelt wurde, sowie die Schaffung von Arbeits- und Beratungsgruppen durch die Finanz- und Wirtschaftsministerien. Das gemeinsame Interesse an der Demokratie wurde durch die Einrichtung des Asian Center for Democratic Governance in Neu-Delhi unterstrichen.[8]

6 Vgl. *Kux*, Estranged Democracies [wie Fn. 1], S. 154.
7 Vgl. hierzu Stephen *Cohen*, Emerging Power India, Washington 2001, S. 271.

8 Zur Einschätzung der Ergebnisse des Clinton-Besuchs aus amerikanischer Perspektive vgl. Bruce *Riedel*, New Opportunities in U.S.–South Asia Relations. An Assessment of President Clinton's Visit to India, Pennsylvania 2000 (*Center for The Advanced Study of India*, Occasional Papers, No. 12).

Die Ordnung des Internationalen Systems

Indien und die USA hatten während des Ost-West-Konflikts unterschiedliche Auffassungen über die Ordnung des internationalen Systems. Nehru verstand sich als Fürsprecher der dekolonisierten Staaten Asiens und Afrikas und setzte nicht auf militärische Aufrüstung, sondern auf politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit. Er zählte zu den Gründern der Blockfreienbewegung 1961, mit deren Hilfe Indien versuchte, seine Vorstellungen von der Ordnung des internationalen Systems umzusetzen. Daneben war Indien seit den sechziger Jahren maßgeblich an der Entstehung einer eigenen Interessenvertretung der Entwicklungsländer in den Vereinten Nationen beteiligt. In den siebziger und achtziger Jahren zählte es zu den wichtigsten Vertretern der Entwicklungsländer in den Debatten um eine neue Weltwirtschafts- und Weltinformationsordnung, in denen diese mehr Mitspracherechte gegenüber den Industriestaaten forderten.

Wie die Ausführungen zu den anderen Politikfeldern zeigen, gab es nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine Reihe von Übereinstimmungen zwischen Indien und den USA in internationalen Fragen. Beide setzten sich für die Förderung der Demokratie ein und gehörten zu den Gründungsmitgliedern der auf Betreiben der USA im Juni 2000 in Warschau ins Leben gerufenen Initiative Community of Democracies.

Abzuwarten bleibt aber, ob die Demokratieförderung ein gemeinsames Ziel beider Staaten wird. Während die USA demokratische Regierungsformen durch verschiedene Maßnahmen fördern, hat dieses Anliegen in der indischen Außenpolitik bislang kaum einen Stellenwert.

Eine weitere Gemeinsamkeit zeigte sich in der ablehnenden Haltung beider Staaten gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Ende Dezember 2002 unterzeichneten sie ein Abkommen, das die Auslieferung von Staatsbürgern des anderen Staates an internationale Tribunale ohne dessen Zustimmung untersagt.[9] Indien sieht in einem solchen Gremium eine unzulässige Einmischung in seine inneren Angelegenheiten. Davon könnten vor allem Angehörige der Sicherheitskräfte betroffen sein, wenn diesen Menschenrechtsverletzungen bei Einsätzen wie dem in Jammu und Kaschmir (J&K) vorgeworfen werden.

Die gemeinsamen demokratischen Werte werden auch als Grundlage für die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus gesehen. Brajesh Mishra, nationaler Sicherheitsberater der indischen Regierung, forderte eine stärkere Zusammenarbeit der demokratischen und marktwirtschaftlich organisierten Staaten, die das Hauptangriffsziel terroristischer Attacken bildeten. Nur eine Koalition der Demokratien habe »den politischen Willen und die moralische Autorität, mutige Entscheidungen über Präemption und Vergeltung bei extremen Fällen terroristischer Provokation zu fällen«.[10] Mishra wandte sich damit indirekt gegen die Zusammenarbeit der USA mit Pakistan im Kampf gegen den Terrorismus. Diese war in Indien wiederholt wegen der doppelten Maßstäbe der USA in bezug auf die Anschläge vom 11. September und die von Pakistan aus unterstützten Gewaltakte islamistischer Extremisten in Indien kritisiert worden.

Von amerikanischer Seite sind die gemeinsamen demokratischen Werte und Interessen mit Indien betont worden, um »Frieden und Freiheit« in Asien durch die Bekämpfung des Terrorismus und die Eindämmung von Massenvernichtungswaffen zu sichern.[11] Noch expliziter als die Clinton-Regierung sieht die Bush-Administration Indien mittlerweile als Großmacht auf einer Stufe mit Rußland und China.[12]

Unterschiede ergaben sich bei der Frage nach der künftigen Struktur des internationalen Systems. Die neue Machtposition der USA hat die Regierung von Präsident Bush bewogen, sich aus multilateralen Vereinbarungen zurückzuziehen und sich stärker auf unilaterales Handeln zu konzentrieren. Demgegenüber betonen indische Politiker und Sicherheitsexperten immer wieder die multipolare Struktur der künftigen Staatenwelt, als deren einen Pol sie ihr Land sehen.

Deshalb werden alle Formen eines westlichen Unilateralismus strikt zurückgewiesen, sofern sie für Indien eine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten darstellen. Die Betonung einer multipolaren Staatenwelt und die Ablehnung amerikanischer Hegemonieansprüche verbinden Indien und China und

9 Vgl. Amit *Baruah*, India, U.S. Not to Surrender Nationals to Any Tribunal, in: The Hindu, 27.12.2002.

10 Statement by Brajesh *Mishra*, National Security Adviser, Government of India, Global Fight against Terrorism: Status and Perspectives, 39th Munich Conference on Security Policy, S. 9.

11 Vgl. *Blackwill*, The United States, India [wie Fn. 2].

12 »Einige potentielle Großmächte befinden sich mitten in einem inneren Übergang – ganz besonders Rußland, Indien und China« (The National Security Strategy [wie Fn. 4], S. 27).

haben zu einer neuen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten geführt. So verurteilte Indien den amerikanischen Bombenangriff auf die chinesische Botschaft in Belgrad während des Kosovo-Krieges 1999 und stimmte bei der Menschenrechtskonferenz in Genf gegen die USA, die eine Verurteilung der chinesischen Menschenrechtspolitik forderten.

Die indischen Vorbehalte gegenüber dem unilateralen Vorgehen der USA zeigten sich auch während des zweiten Irakkrieges im Frühjahr 2003. Die indische Regierung unterstützte eine diplomatische Lösung im Rahmen der VN und wies das amerikanische Argument eines bewaffneten Konflikts mit dem Ziel, einen Regimewechsel im Irak einzuleiten, zurück.[13] Trotz der parteiübergreifenden Opposition im indischen Parlament gegen das Vorgehen der USA und Großbritanniens in der Irakfrage lehnte die von der Bharatiya Janata Party (BJP) geführte Koalitionsregierung aber eine Verurteilung der USA ab.[14]

Die Vorstellungen einer uni- bzw. multipolaren Weltordnung bilden nicht zwangsläufig einen Gegensatz. In den USA ist wiederholt eine Zusammenarbeit mit Schlüsselstaaten in den verschiedenen Weltregionen erörtert worden, um amerikanische Interessen durchzusetzen.[15] Die jüngsten Ausführungen zu einer »Doktrin der Integration« haben die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit mit Staaten, die gemeinsame Werte mit den USA teilen, erneut unterstrichen und der Indischen Union einen wichtigen Platz dabei zugewiesen.[16] Dies deckt sich wiederum mit den indischen Ambitionen auf eine größere internationale Rolle, wie sie in der von verschiedenen indischen Regierungen vorgetragenen Forderung nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat zum Ausdruck kommt. Die von der BJP proklamierte »Southern Asia Doctrine« (Doktrin für das südliche Asien) hat die indische Interessensphäre vom Persischen Golf über Zentralasien bis nach Südostasien definiert. Die darin formulierten Ansprüche kollidieren heute nicht mehr mit denen der USA, sondern weisen eine Reihe von Übereinstimmungen auf, die zu einer Annäherung der regionalen Interessen beider Staaten in Südasien und im südlichen Asien geführt haben (s. unten).

Trotz des offensichtlichen Machtverlustes der Blockfreien-Bewegung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts hat Indien seine Ambitionen nicht aufgegeben, Wortführer der Entwicklungsländer zu sein. 1989 war es maßgeblich an der Gründung der G 15 beteiligt, in der sich die 15 wichtigsten Entwicklungsländer zusammenschlossen. Allerdings sind die Ergebnisse der G 15 bislang nur bescheiden, was sich unter anderem aus der disparaten Zusammensetzung der Staatengruppe erklärt. Bereits die Bewegung der Blockfreien hatte darunter gelitten, daß die Heterogenität der nationalen Interessen es kaum zuließ, gemeinsame Interessen in internationalen Verhandlungen gegenüber den Industriestaaten zu formulieren.[17] Trotz der unterschiedlichen Positionen der G 15 gegenüber den Industriestaaten ist nicht davon auszugehen, daß Indiens Engagement in solchen Zusammenschlüssen zu Problemen im bilateralen Verhältnis mit den USA führen wird.

Sicherheit

Die Haltung gegenüber der VR China

Die Dreiecksbeziehung zwischen Indien, China und den USA ist von zentraler Bedeutung für das Verständnis der indischen Außenpolitik. Trotz ungeklärter Grenzfragen strebte Nehru in den fünfziger Jahren eine Zusammenarbeit mit China an, um damit Asien auf internationaler Bühne größeres Gewicht zu verleihen. Seine Vision scheiterte mit dem indisch-chinesischen Grenzkrieg von 1962 und der vernichtenden Niederlage Indiens abrupt und machte in der Folge einer latenten Rivalität zwischen beiden Staaten Platz. Der Grenzkrieg schien zugleich eine Wende im Verhältnis zu den USA einzuleiten. Zur Abwehr des chinesischen Angriffs erhielt Indien militärische Unterstützung, und in nachfolgenden Verhandlungen wurde eine engere militärische Zusammenarbeit avisiert. Die Annäherung beider Staaten kam jedoch nicht zustande, weil unter anderem die militärische Zusammenarbeit der USA mit Pakistan die Beziehungen zu Indien belastete. Statt dessen vollzogen die USA

13 Vgl. Amit *Baruah*, U.N. Consent Must for Action against Iraq: India, in: The Hindu, 13.2.2003; We'll Not Back Regime Change in Iraq by Outside Forces: PM, in: The Hindu, 13.3.2003.

14 Vgl. Javed M. *Ansari*, They Rose As One Man against the U.S., in: The Hindu, 9.4.2003.

15 Vgl. Robert *Chase*/Emily *Hill*/Paul *Kennedy* (Hg.), The Pivotal States. A New Framework for U.S. Policy in the Developing World, New York/London 1999.

16 Vgl. Richard N. *Haass*, Defining U.S. Foreign Policy in a Post-Post-Cold War World, http://www.uspolicy.be/Issues/Foreignpolicy/haass.042302.htm (eingesehen am 10.4.2003).

17 Vgl. Kripa *Sridharan*, G-15 and South-South Cooperation: Promise and Performance, in: Third World Quarterly, 19 (1998) 3, S. 357–373.

zur Eindämmung der Sowjetunion Anfang der siebziger Jahre einen Kurswechsel mit ihrer Politik der Annäherung an China. Dies brachte die indisch-amerikanischen Beziehungen angesichts der Krise in Ost-Pakistan 1971 auf einen Tiefpunkt.

Die von Indien in Reaktion hierauf vollzogene Annäherung an die Sowjetunion prägte bis Mitte der achtziger Jahre die internationalen Beziehungen im südasiatischen Raum. Trotz der wachsenden Abhängigkeit von sowjetischer Militärtechnologie behielt Indien aber seine außenpolitische Eigenständigkeit bei. Durch den Kurswechsel der USA wurde nicht Indien als größte Demokratie, sondern mit China das größte sozialistische Land zum Partner der USA in der Konfrontation mit der Sowjetunion. Erst mit dem Abklingen des Ost-West-Konflikts begannen sich diese Beziehungen Mitte der achtziger Jahre zu verändern. Seit Ende der neunziger Jahre wird die VR China in den USA eher als strategischer Rivale denn als Partner wahrgenommen. Diese Sicht wird vor allem von konservativen Kreisen in den USA formuliert, die in realistisch-geopolitischen Kategorien denken und nicht davon ausgehen, daß sich China durch die Folgen der Globalisierung grundlegend verändern wird. Ein vertraulicher Bericht des Pentagon vom Frühjahr 2003 soll sich für eine stärkere militärische Zusammenarbeit mit Indien ausgesprochen haben, um dadurch mögliche chinesische Hegemoniebestrebungen einzudämmen. Aufgrund der gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen sehen die USA Indien nun wieder als wichtigen Zukunftspartner in Asien. Dies gilt vor allem, wenn sich die Beziehungen mit traditionellen Verbündeten wie Saudi-Arabien oder Japan abschwächen sollten.[18]

Die kritische Sicht Chinas in den USA deckt sich mit den tiefsitzenden indischen Vorbehalten gegenüber der Volksrepublik. Trotz der ebenfalls zu beobachtenden politischen und wirtschaftlichen Annäherung seit Ende der achtziger Jahre gilt China vor allem in sicherheitspolitischen Zirkeln weiterhin als größte Bedrohung Indiens.[19] Unmittelbar vor den indischen Atomtests im Mai 1998 bezeichnete Verteidigungsminister Fernandes China noch als »Bedrohung Nummer Eins« für Indien. Die kritische Sicht der VR China wurde zum Ausgangspunkt für die Verstärkung der indisch-amerikanischen militärischen Zusammenarbeit in den neunziger Jahren. Allerdings gibt es zunehmend Stimmen, welche die alten sicherheitspolitisch geprägten Denkmuster, die sich aus dem Trauma von 1962 speisen, überwinden wollen. So erklärte Außenminister Sinha Ende Januar 2003, daß Indien und China viele gemeinsame Interessen haben, und ihre Zusammenarbeit verstärken müßten. Er sprach sich damit auch explizit gegen die von Sicherheitsexperten wiederholt vorgebrachte These des unausweichlichen Konflikts zwischen beiden Staaten aus.[20] Der sich damit anbahnende außenpolitische Kurswechsel gegenüber China zeigt, daß die wirtschaftlichen und politischen Interessen Indiens auch in Widerspruch zu sicherheitspolitischen Erwägungen und historischen Erfahrungen treten können.

Die Beziehungen zwischen Indien, China und den USA entwickeln sich allmählich zu einer klassisch anmutenden »Balance of Power«-Konstellation. In ihren bilateralen Beziehungen betonen sie Gemeinsamkeiten gegenüber dem jeweils dritten Staat. So verurteilten die USA und China, als Atommächte Unterzeichner des Nichtverbreitungsvertrags (NVV), die indischen Nuklearversuche im Mai 1998. Demgegenüber teilen Indien und die USA die Befürchtung möglicher Hegemoniebestrebungen Chinas. Indien und China wiederum wenden sich gegen einen amerikanischen Unilateralismus und damit gegen alle Formen der Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Diese neuen bilateralen Konstellationen zeigen im Vergleich zur Phase des Ost-West-Konflikts die internationale Aufwertung, welche die Indische Union in der Außenpolitik der USA und Chinas mittlerweile erfahren hat.

Die Nuklearfrage

Von Beginn an war die militärische Nutzung der Atomenergie ein Streitpunkt in den indisch-amerikanischen Beziehungen. Angesichts der nuklearen Aufrüstung sprach sich Nehru in den fünfziger Jahren wiederholt gegen Atomwaffen aus und forderte ein umfassendes Teststoppabkommen. Erst nach seinem Tod und dem chinesischen Nuklearversuch 1964 setzte in Indien eine Diskussion über die Herstellung von Atomwaffen ein. Das nukleare Wettrüsten der Supermächte führte 1968 zum NVV, mit dem die fünf damaligen Nuklearstaaten unter anderem ver-

18 Vgl. US, India Forge Defence, Security Alliance to Contain China, in: Press Trust of India, 6.4.2003.

19 Vgl. die Aussagen des früheren Armeeoberbefehlshabers General K.V. Krishna Rao: China is the Real Danger: Krishna Rao, in: The Hindu, 2.1.2003.

20 Vgl. Amit *Baruah*, Forward-looking Approach to China, in: The Hindu, 29.1.2003.

Tabelle 1
Gemeinsamkeiten und Probleme zwischen Indien, China und den USA

	Indien	
	Gemeinsamkeiten	*Probleme*
USA	– Demokratie – Menschenrechte – Raketenabwehr – Terrorismus	– NVV – Einmischung in innere Angelegenheiten – Marktzugang
China	– Multipolare Welt – amerikanischer Unilateralismus – Terrorismus	– NVV – Grenzfrage – Pakistan

einbarten, die Weitergabe nuklearer Technologien zu kontrollieren. Der NVV wurde zugleich zu einem Symbol für Großmachtstatus. Mit der Aufnahme der VR China als ständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der VN 1971 wurden die Mitglieder dieses Gremiums deckungsgleich mit den anerkannten Nuklearstaaten im NVV.

Indien lehnte den NVV ab, da er die Welt aus indischer Perspektive in nukleare »haves« und »have-nots« aufteilte. Diese Form der Diskriminierung entsprach nicht, so zahlreiche offizielle Verlautbarungen, den Vorstellungen Indiens von der Gleichheit der Staaten in der internationalen Gemeinschaft. Indien forderte statt dessen eine umfassende globale, nukleare Abrüstung mit einem festgelegten Zeitplan. Um die eigenen technologischen Fähigkeiten und Großmachtambitionen zu untermauern, zündete Indien unter Indira Gandhi 1974 seinen ersten nuklearen Sprengsatz. Die anschließenden Sanktionen seitens der westlichen Industriestaaten, die neue Gesetzgebung der USA mit dem »Nuclear Non-Proliferation Act« (NNPA) von 1978 sowie die fortbestehende Weigerung Indiens, sich internationalen Kontrollregimen zu unterwerfen, haben seither zu einem beständigen Interessengegensatz mit den USA geführt.

Die unbefristete Verlängerung des NVV 1995 in New York durch die Mitgliedsstaaten, die Kehrtwende der indischen United-Front-Regierung in ihrer Haltung zum allgemeinen Teststoppabkommen 1996[21] sowie die von der neuen BJP-Regierung durchgeführten Atomtests im Mai 1998 haben die internationale Isolation Indiens in dieser Frage weiter vergrößert. Der Besitz von Nuklearwaffen ist über alle indischen Parteigrenzen hinweg untrennbar mit dem Streben nach Großmachtstatus und der Gleichrangigkeit mit China verbunden, so daß Kompromisse in dieser Frage nicht möglich erscheinen. Die Nuklearstaaten haben nach den Tests 1998 einen Beitritt Indiens als Atommacht in den NVV abgelehnt, da dies andere Staaten zur Nachahmung ermuntern könnte. Umgekehrt ist ein Beitritt als Nicht-Atommacht nicht möglich, da eine dafür notwendige nukleare Abrüstung den untergeordneten Status Indiens gegenüber China auf Dauer festschreiben würde.

Die indischen Nuklearversuche 1998 ließen die Unterschiede mit den USA in der Nuklearfrage wieder offen hervortreten. Die USA verurteilten die indischen Tests und verhängten zusammen mit anderen Industriestaaten eine Reihe von Sanktionen. Zugleich begann ein bilateraler Dialog zwischen Außenminister Singh und dem Deputy Secretary of State Talbott, der eine teilweise Annäherung der unüberbrückbar erscheinenden Positionen brachte. Singh machte deutlich, daß sein Land durchaus gewillt sei, den Prinzipien internationaler Kontrollregime zu folgen, selbst wenn Indien diesen nicht beigetreten ist.[22] Indien verkündete ein Testmoratorium und verfolgt bis heute, obwohl nicht Mitglied des NVV, eine Politik der Nichtweiterverbreitung, das heißt, es wird keine nukleare Technologie an Drittstaaten geliefert. Die USA haben ihrerseits in den Gesprächen die indischen Vorstellungen einer »minimum nuclear deterrence« akzeptiert, auch wenn deren Umfang nicht festgelegt wurde.

Mit der unter der Bush-Administration nach dem 11. September 2001 einsetzenden Diskussion um Schurkenstaaten und die Kontrolle von Massenvernichtungswaffen ist die Bedeutung der Nuklear-

21 Vgl. Dinshaw *Mistry*, Domestic-International Linkages: India and the Comprehensive Test Ban Treaty, in: The Nonproliferation Review, 6 (Herbst 1998), 1, S. 25–38.

22 Vgl. Jaswant *Singh*, Against Nuclear Apartheid, in: Foreign Affairs, 77 (September/Oktober 1998) 5, S. 41–51.

frage als Problem der indisch-amerikanischen Beziehungen deutlich zurückgegangen. Die Bush-Regierung hat ihre Bedenken zugunsten einer langfristigen, verstärkten Zusammenarbeit zwischen Indien und den USA aufgegeben.[23] Sie sieht in Indien vielmehr einen verläßlichen Partner im Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Die Ausführungen führender US-Vertreter zum indisch-amerikanischen Verhältnis enthalten deshalb kaum noch kritische Anmerkungen zu Indiens Nuklearprogramm.[24]

Die Raketenabwehr

Die gemeinsamen indisch-amerikanischen Vorbehalte gegenüber Chinas Bedrohungspotential sowie die indische Haltung in der Nuklearfrage erklären die zunächst überraschend anmutende zustimmende Haltung Indiens zu den Plänen der Administration Bush, ein Raketenabwehrsystem aufzubauen.

Zum einen entspricht der von den USA vorgeschlagene Abbau von Nuklearwaffen im Rahmen des Raketenabwehrsystems altbekannten Forderungen Indiens nach einer globalen nuklearen Abrüstung. Zum anderen sehen indische Sicherheitsexperten mit dem Aufbau einer Raketenabwehr die Konturen eines neuen Sicherheitssystems entstehen. Aus ihrer Sicht könnte dies langfristig internationale Kontrollregime wie den NVV in Frage stellen, zu dem Indien keinen gleichberechtigten Zugang erhalten konnte. Selbst wenn sich die Raketenabwehr zunächst gegen die Bedrohung durch Schurkenstaaten richtet, würde ein damit verbundenes regionales Raketenabwehrsystem in Ostasien sich auch gegen mögliche hegemoniale Bestrebungen Chinas richten. Dies käme den sicherheitspolitischen Interessen der Indischen Union ebenfalls entgegen.

Terrorismus

Eine weitere sicherheitspolitische Gemeinsamkeit mit den USA bildet die Ablehnung des militanten islamischen Fundamentalismus. Bereits lange vor dem 11. September 2001 haben beide Seiten das damit verbundene Bedrohungspotential erkannt, mit dem Indien seit Ende der achtziger Jahre in Jammu & der Gespräche zwischen Außenminister Singh und Deputy Secretary of State Talbott richteten beide Staaten im Kaschmir konfrontiert ist.[25] Nach der zehnten Runde Januar 2001 eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Terrorismusbekämpfung ein. Nach den Anschlägen vom 11. September wurde die Zusammenarbeit der Geheimdienste ausgebaut.

Die Einbeziehung Pakistans in die Allianz gegen den Terrorismus nach den Anschlägen vom 11. September löste deshalb in Indien zunächst Bedenken aus. Indien hatte immer wieder deutlich gemacht, daß die Anschläge militanter Gruppen in J&K nur durch die massive Unterstützung pakistanischer Stellen, vor allem des Geheimdienstes Inter-Services Intelligence (ISI), möglich seien. Es hatte deshalb die USA wiederholt gedrängt, Pakistan als Staat einzustufen, der den Terrorismus unterstützt. Die Entscheidung der USA, Pakistan an zentraler Stelle in die Allianz gegen den Terrorismus einzubinden, stieß in Indien auf wenig Verständnis, da damit, auch im Hinblick auf die Unterstützung der Taliban durch den ISI, quasi der Bock zum Gärtner gemacht worden sei. Trotz dieser Meinungsverschiedenheiten besteht aber weiterhin eine breite Übereinstimmung zwischen Indien und den USA im Kampf gegen den Terrorismus, wie noch ausführlicher dargelegt wird.

Die fortgesetzten Angriffe muslimischer Extremisten in J&K sowie der Irakkrieg ließen im Frühjahr 2003 die unterschiedlichen Auffassungen zwischen Indien und den USA deutlich werden. Im Vordergrund der indischen Kritik standen die doppelten Maßstäbe der USA, die den Irak aufgrund der Annahme angegriffen hatten, er unterstütze Terroristen und verfüge über Massenvernichtungswaffen. Indien sah sich durch Pakistan einer noch viel direkteren Bedrohung ausgesetzt und beanspruchte das Recht auf Präemptivschläge ebenfalls für sich, wie Außenminister Sinha deutlich machte. Besondere Irritation rief hervor, daß die USA das Regime Saddam Husseins gewaltsam stürzten, während sie Indien gleichzeitig eine Wiederaufnahme des Dialogs mit Pakistan nahelegten.

23 Vgl. The National Security Strategy [wie Fn. 4], S. 27.
24 Vgl. *Blackwill*, The United States, India [wie Fn. 2]; *Haass*, The United States and India [wie Fn. 2].
25 Vgl. Selig, S. *Harrison*/Geoffrey *Kemp*, India & America. After the Cold War, Washington: Carnegie Endowment for International Peace, 1993.

Militärische Zusammenarbeit

Bereits nach der indischen Niederlage gegen China 1962 hatte es gemeinsame indisch-amerikanische Manöver gegeben. Die unterschiedliche außenpolitische Ausrichtung im Kalten Krieg verhinderte jedoch eine dauerhafte militärische Zusammenarbeit beider Staaten, die erst 1991 mit dem Besuch von US-General Kickleigther in Indien einsetzte. Regelmäßige Truppenbesuche, Austausch von Offizieren sowie gemeinsame Manöver haben seither die militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten kontinuierlich verbessert. 1995 unterzeichneten beide Staaten eine »Agreed Minute in Defence Relations« und richteten eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu militärischen Fragen ein, die Defence Policy Group (DPG).

Die Sanktionen der USA nach den Nukleartests 1998 schränkten die militärische Kooperation vorübergehend ein. Sie wurde jedoch nach dem Besuch von General Shelton, dem Vorsitzenden der Joint Chiefs of Staff, in Delhi im Mai 2001 wieder aufgenommen. Die technologische Zusammenarbeit wurde intensiviert, da US-Rüstungsfirmen großes Interesse an einer Beteiligung bei der Modernisierung der indischen Streitkräfte haben, unter anderem an der Entwicklung des Light Combat Aircraft (LCA) und des Advanced Light Helicopter. Damit war die Frage des Technologietransfers berührt, lange Jahre ein Zankapfel im bilateralen Verhältnis. Es gibt noch immer indische Unternehmen im Bereich der Raketen- und Nukleartechnik, mit denen US-Firmen nicht zusammenarbeiten dürfen, doch sind die Bestimmungen für den Transfer von Militärtechnologie wesentlich gelockert worden. Im Januar 2002 unterzeichneten beide Staaten das »General Security of Military Information Agreement« (GSOMIA). Darin vereinbarten sie nicht nur einen umfassenden Informationsaustausch, sondern sicherten sich auch gegenseitig zu, keine Informationen über ihre rüstungstechnische Zusammenarbeit an Dritte weiterzugeben.[26]

Bereits im Dezember 2001 hatte Verteidigungsminister Fernandes im Parlament nach Gesprächen mit den USA einen weiteren Ausbau der militärischen Zusammenarbeit angekündigt, dem 2002 eine Reihe von gemeinsamen Manövern von Spezialeinheiten und Marineverbänden folgte.[27] Beide Staaten beabsichtigen gemeinsame Übungen der Luftwaffe, da Indien über Kampfflugzeuge vom Typ Sukhoi SU-30 verfügt, die auch von der chinesischen Luftwaffe genutzt werden, während die amerikanische F-16 das Rückgrat der pakistanischen Luftwaffe bildet. Im rüstungstechnischen Bereich haben die USA seit Oktober 2001 unter anderem Triebwerke für das LCA, elektronische Ausrüstung zur Überwachung der Kontrollinie in J&K sowie acht »artillery locating radars« (Firefox) an Indien geliefert.[28]

Die militärische Kooperation mit den USA hat nicht zuletzt auch durch die wachsende Zusammenarbeit Indiens mit Israel (s. unten) eine bislang nicht gekannte Dimension erreicht. Allerdings werden die indischen Streitkräfte aufgrund der langjährigen Rüstungszusammenarbeit mit der Sowjetunion auch weiterhin in erster Linie auf die militärische Kooperation mit Rußland angewiesen sein. Aber die amerikanische Rüstungsindustrie könnte verstärkt im Bereich der militärischen Hochtechnologie zum Zuge kommen.

Wirtschaft: Liberalisierung und Weltmarktintegration

Nehru hat aus seiner Abneigung gegen einen ungezügelten Kapitalismus, wie er ihn in den USA verwirklicht sah, nie einen Hehl gemacht. Indien setzte deshalb nach der Unabhängigkeit auf eine »mixed economy« mit einer starken staatlichen Kontrolle des Wirtschaftssektors und geringen Entfaltungsmöglichkeiten für die Privatwirtschaft. Diese als »License Raj« bekannt gewordene Politik war in erster Linie binnen- und nicht exportorientiert. Durch die weitreichenden staatlichen Eingriffe zur Überwindung von Armut und Unterentwicklung war die indische Wirtschaftspolitik nicht kompatibel mit den Vorstellungen der USA von freiem Handel und Unternehmertum.

Trotz der wirtschaftspolitischen Unterschiede wurden die USA zum wichtigsten bilateralen Geberland Indiens in den fünfziger und sechziger Jahren. Angesichts des Umfangs ihrer Entwicklungshilfe versuchten sie wiederholt, wirtschaftspolitische Reformen durch eine Konditionierung der Hilfe durchzusetzen. Amerikanischen Vorschlägen folgend, wertete Indira Gandhi 1967 die indische Rupie ab.

26 Vgl. Sandeep *Dikshit*, India, U.S. to Discuss Defence Tie-ups, in: The Hindu, 11.1.2002.
27 Vgl. Indo-U.S. Military Talks Revived, in: The Hindu, 5.2.2002; India, US Forces to Train together in Alaska, in: Defence India (Reuters), 28.3.2002.
28 Vgl. Sandeep *Dikshit*, India Seals Major Arms Deal with U.S., in: The Hindu, 19.4.2002.

Diese offensichtliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten wurde in Indien heftig kritisiert und trug zur Verschlechterung der bilateralen Beziehungen bei. Die enge Anlehnung an die Sowjetunion ließ Indien ab den siebziger Jahren in den Augen der USA zu einem unsicheren Kantonisten werden, durch den sensible westliche Technologie auf die andere Seite des Eisernen Vorhangs gelangen könnte. Damit entstand eine Diskussion mit den USA über den Export von Hochtechnologie, der Ende der achtziger Jahre die Wirtschaftsbeziehungen trübte.

Durch die Binnenorientierung der indischen Wirtschaftsentwicklung ging Indiens Anteil am Welthandel kontinuierlich zurück. In den fünfziger Jahren noch bei etwa zwei Prozent, sank er bis zu den achtziger Jahren auf unter ein halbes Prozent. Die unterschiedlichen internationalen Positionen in Wirtschaftsfragen wurden in der Debatte um eine Neue Weltwirtschaftsordnung (NWWO) deutlich. Während sich Indien als einer der Wortführer der Dritten Welt für eine stärkere Umverteilung zugunsten der Entwicklungsländer einsetzte, lehnten dies die USA und die anderen Industriestaaten ab.

Läßt sich im Bereich Politik die Annäherung der beiden Staaten auf die geänderte Wahrnehmung der Demokratie in Indien durch die USA in den neunziger Jahren zurückführen, waren es in der Wirtschaft die umfangreichen Reformen von indischer Seite nach 1991, die größere Gemeinsamkeit mit den USA entstehen ließen. Der Zusammenbruch der Sowjetunion, einem der wichtigsten Handelspartner Indiens, führte im Frühsommer 1991 zu einer schweren Zahlungsbilanzkrise. Die neugewählte Kongreß-Regierung von Narasimha Rao versprach eine radikale Kurskorrektur der indischen Wirtschaftspolitik, die durch umfangreiche Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) unterstützt werden sollte. Die USA befürworteten im IWF die Kredite und honorierten damit nicht nur die wirtschaftlichen Reformvorhaben, sondern auch das indische Verhalten im zweiten Golfkrieg, als amerikanische Flugzeuge in Indien betankt wurden. Mit der Abkehr von der »mixed economy« ging eine Politik der Exportorientierung und der Weltmarktintegration einher. Die verschiedenen Regierungskoalitionen bemühen sich seither um den Abbau von Zollschranken und einen verstärkten Zufluß ausländischer Direktinvestitionen, um das Wirtschaftswachstum zu beschleunigen.

Obwohl die BJP im Wahlkampf 1998 noch mit einer stärkeren Begrenzung und Kontrolle ausländischer Investitionen nach ihrem Wahlsieg geworben hatte, lehnte sie eine solche Politik nach der Regierungsübernahme ab. Statt dessen unterstrichen Äußerungen wie die von Finanzminister Sinha: »Die Uhr wird nicht zurückgedreht«,[29] daß auch die BJP auf den neuen wirtschaftspolitischen Konsens der indischen Parteien hinsichtlich der Fortsetzung des Reformprozesses eingeschwenkt war. In der Folge entbrannte ein Streit mit hindu-nationalistischen Gruppen wie der Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS), der eine Beschränkung ausländischer Investitionen auf bestimmte Wirtschaftsbereiche wie die Infrastruktur forderte, um Teile der indischen Industrie vor ausländischer Konkurrenz zu schützen. Die indischen Regierungen verfolgen, bedingt durch die innenpolitischen Widerstände, einen vergleichsweise vorsichtigen wirtschaftlichen Reformprozeß und sehen sich einer kritischen öffentlichen Auseinandersetzung über die Globalisierung und ihre Folgen gegenüber. In den neunziger Jahren haben jedoch alle Regierungsparteien – Kongreßpartei, Left Front und BJP – den von der Kongreßpartei 1991 eingeschlagenen Kurs der Wirtschaftsliberalisierung fortgesetzt.

Die Wirtschaftsreformen sind von den USA begrüßt worden. Ähnlich wie im Falle Chinas weckt die Aussicht auf eine kaufkräftige indische Mittelklasse die Phantasie amerikanischer Unternehmer. Allerdings schwanken die Angaben über die Größe der indischen Mittelklasse zwischen 50 und 350 Millionen, mit entsprechenden Folgen hinsichtlich ihrer Kaufkraft. Mit der wirtschaftspolitischen Kehrtwende Indiens und den überwiegend positiven wirtschaftlichen Erwartungen in den USA könnte langfristig auch eine Lobby von US-Unternehmen für Indien entstehen wie im Falle Chinas.

Waren handelspolitische Fragen während des Kalten Krieges nur ein Randthema in den indisch-amerikanischen Beziehungen, so sind sie nach 1991 ins Zentrum gerückt. Der Gesamthandel zwischen Indien und den USA hat sich seitdem mehr als verfünffacht (s. Tabelle 2, S. 16). Allerdings nehmen Indien und die USA eine sehr unterschiedliche Stellung in der Wirtschaft des jeweils anderen Landes ein. Die USA sind mit weitem Abstand der größte bilaterale Handelspartner Indiens. Über 10 Prozent aller Nicht-Öleinfuhren Indiens stammen aus den USA, die wiederum 20 Prozent der indischen Exporte aufnehmen. Indien spielt hingegen in der Handelsstatistik der USA kaum eine Rolle. Der Handel mit

29 Sridhar *Krishnaswami*, The Clock Won't Be Turned Back: Sinha, in: The Hindu, 18.4.1998.

Tabelle 2
Der Handel zwischen Indien und den USA (in Mio. US$)

Jahr	*Indische Exporte*	*Indische Importe*	*Gesamt-handel*	*Bilanz*	*Zuwachs*
1987	2.114	1.503	3.617	611	
1988	2.507	1.723	4.230	784	16,9%
1989	4.424	2.813	7.237	1.611	71,1%
1990	2.694	2.635	5.329	59	−26,4%
1991	2.922	1.891	4.813	1.031	−9,7%
1992	3.533	2.258	5.791	1.275	20,3%
1993	3.885	2.171	6.056	1.714	4,6%
1994	4.661	2.432	7.093	2.229	17,1%
1995	5.305	3.344	8.649	1.961	21,9%
1996	6.184	3.187	9.371	2.997	8,3%
1997	6.440	3.432	9.872	3.008	5,3%
1998	7.682	3.968	11.650	3.714	18,0%
1999	8.726	4.033	12.759	4.693	9,5%
2000	10.031	4.018	14.049	6.013	10,1%
2001	9.355	4.141	13.496	5.214	−3,9%

Quelle: *IMF-International Monetary Fund,* Direction of Trade Statistics Yearbook, Ausgaben 2002 (1994–2001), 1996 (1992–1993), 1994 (1987–1991).

Indien beträgt weniger als ein Prozent des Gesamthandels der USA. Im Jahr 2001 lag der Anteil der indischen Einfuhren in die USA bei 0,86 Prozent, Indien belegte damit Rang 22 unter den in die USA importierenden Staaten. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2002 stiegen die indischen Importe erstmals auf über ein Prozent der Gesamteinfuhren in die USA an. Indien gehörte zu den wenigen Staaten, die trotz zurückgehender Einfuhren in die USA ihren Anteil steigern konnten.[30] Die wichtigsten Exportgüter Indiens in die USA sind Diamanten, Bekleidung und Textilien, einfache Maschinenprodukte, Teppiche, Schuhwaren und Lederprodukte. Die USA exportieren vor allem Maschinenanlagen, Dünger, Ausrüstungsgüter für die Luftfahrtindustrie, Medizintechnik und chemische Produkte.

Die USA sind der wichtigste ausländische Investor in Indien. Über 20 Prozent aller bewilligten ausländischen Direktinvestitionen in der Zeit zwischen 1991 und Juli 2001 kamen aus den USA. Trotz der zum Teil beeindruckenden Wachstumsraten der ausländischen Direktinvestitionen darf nicht übersehen werden, daß deren Umfang weniger als 10 Prozent der gesamten Investitionen beträgt, die China erhält. Daran dürfte sich auf absehbare Zeit wenig ändern, auch wenn die Auslandsinvestitionen im Haushaltsjahr 2001/02 trotz der zahlreichen Krisen in der Region mit etwa vier Milliarden Dollar einen deutlichen Anstieg zu verzeichnen hatten.[31] Amerikanische Politiker haben deshalb wiederholt eine Beschleunigung der indischen Reformen angemahnt und besonders das bürokratische Dickicht bei Genehmigungsverfahren und die wachsende Staatsverschuldung kritisiert. Sie sehen in den verbesserten Wirtschaftsbeziehungen ein effektives Mittel, um die strategische Zusammenarbeit zu vertiefen.[32]

Die Neuorientierung der indischen Wirtschaftspolitik nach 1991 schlug sich auch in Indiens Haltung zu internationalen Handelsorganisationen und Regimen nieder. Im Unterschied zu China war Indien von Anfang an Mitglied der World Trade Organisation (WTO). Durch Übergangsregelungen erzielte es einen Aufschub beim Abbau von Quoten und Einfuhrlizenzen. Diese Fristen wurden aber von den USA nicht anerkannt und führten zu einem Streitfall, bei dem die USA schließlich eine vorzeitige Aufhebung der quantitativen Einfuhrbeschränkungen für Indien erreichten. Der Schutz des geistigen Eigentums führte ebenfalls zu einer Kontroverse, da die USA den mangelnden Schutz für pharmazeutische und chemische Produkte in der Landwirtschaft, wie sie im TRIPS-Abkommen (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) festgelegt sind, bemängelten. Nach dem WTO-Streitschlichtungsverfahren mußte Indien 1999 seine Patentgesetzgebung an die internationalen Regeln anpassen.

Trotz dieser Kontroversen haben Indien und die USA ihre handelspolitischen Beziehungen weiter ausgebaut. Im Zuge des Clinton-Besuchs 2000 wurden die Einrichtung einer US–India Working Group on Trade sowie des US–India Financial and Economic Forum beschlossen. Dies zeigt, daß Indien heute stärker als zuvor die Zusammenarbeit mit den Industriestaaten in internationalen Institutionen sucht und sich deren Regeln und Verfahren unterwirft. Indien gehörte 1999 auch zu den Gründungsmitgliedern der Gruppe der 20 Staaten (G 20), in der die Finanzminister und Notenbankchefs der größten Industrie- und Entwicklungsländer einen Dialog über die Stabilität der internationalen Finanz- und Währungspolitik führen.

30 Vgl. India–US Trade Data for the First Ten Months of 2002, http://www.indianembassy.org/ indusrel/trade_2002.htm (eingesehen am 6.5.2003).

31 Vgl. Big Jump in FDI Inflow, in: The Hindu, 19.6.2002.

32 Vgl. *Blackwill*, The United States, India [wie Fn. 2].

Kultur: Menschenrechte und Religion

Huntington hat in seinen Ausführungen zum »Zusammenprall der Kulturen« Indien als Kernstaat der hinduistischen Zivilisation bezeichnet. Der politische Aufstieg des Hindu-Nationalismus und die Regierungsübernahme der BJP 1998 scheinen seinen Thesen auf den ersten Blick ebenso zu entsprechen wie die Verlautbarungen hindu-nationalistischer Gruppen über die Erlangung der ›Hindu-Bombe‹ nach den Nukleartests 1998. Dennoch ist Indien trotz eines Anteils von etwa 80 Prozent Hindus an der Bevölkerung kein hinduistischer, sondern nach der Verfassung ein säkularer Staat.

Es gehört zu den Besonderheiten des historischen Erbes der Indischen Union, daß sie Heimat der großen Religionen Asiens wie des Hinduismus und des Buddhismus ist, und daß der Islam entscheidend von den Traditionen des Subkontinents geprägt wurde, bevor er Verbreitung in Südostasien fand. Vor diesem historischen Hintergrund und der von hindu-nationalistischen Gruppen angestoßenen Diskussion über Indien als Hindu-Nation (Hindutva), die auf religiös-kulturelle Deutungsmuster zur Durchsetzung ihrer Ansprüche zurückgreift, erstaunt es, daß sich in Indien bislang kaum eine Debatte über religiös oder kulturell definierte Vorstellungen von Menschenrechten entwickelt hat. Im Unterschied zur VR China und einigen südostasiatischen Staaten, die mit der Debatte um asiatische Werte ein Gegenmodell zum westlichen Konzept der Menschenrechte setzen wollten, teilt die Indische Union die universalistischen Vorstellungen von Menschenrechten der westlichen Industrienationen. Die innenpolitische Debatte kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die indische Gesellschaft trotz ihrer unterschiedlichen kulturellen und religiösen Voraussetzungen zumindest auf der Ebene ihrer Eliten eine in großen Teilen offene Gesellschaft im westlichen Sinne ist.

Das in der Verfassung festgeschriebene Bekenntnis zu universellen Menschenrechten darf allerdings nicht mit deren Durchsetzung und Sicherung gleichgesetzt werden, die in Indien genauso mangelhaft ist wie in vielen anderen Staaten der Region. Während die Diskriminierung von Frauen, Stammes- und Kastengruppen trotz entsprechender Verfassungsverbote vor allem in den ländlichen Gebieten andauert, aber kaum Anstoß in den USA erregt, haben die Menschenrechtsverletzungen indischer Sicherheitskräfte gegen die Zivilbevölkerung bei ihrem Vorgehen gegen separatistische Bewegungen im Punjab und in Kaschmir besonders in der ersten Amtsperiode von US-Präsident Clinton Sanktionen der USA nach sich gezogen.

Die heftig geführte innenpolitische Debatte über einen säkularen oder religiösen Staat[33] hat sich bislang noch nicht in entsprechend religiös beeinflußten außenpolitischen Konzeptionen niedergeschlagen. Die Außenpolitik der BJP setzt zwar andere Schwerpunkte als die ihrer Vorgänger, steht aber bei Fragen wie dem Verhältnis zu China, der Nuklearfrage und der Forderung nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat im Einklang mit den anderen Parteien. Lediglich in der Doktrin der BJP zum südlichen Asien lassen sich Ansätze hindu-nationalistischer Denkmuster wiederfinden, da der RSS bereits vor der Unabhängigkeit eine Vormachtrolle Indiens vom Persischen Golf bis nach Südostasien proklamierte.[34] Vorstellungen dieser Art können aber auch im Sinne einer klassischen Machtpolitik ohne kulturelle Einfärbung verstanden werden. Zudem hat es die BJP bislang offiziell vermieden, den Dauerkonflikt mit Pakistan um Kaschmir mit einer religiösen Note zu versehen, wie dies von hindu-nationalistischen Organisationen getan wird.

Allerdings belasten die religiös motivierten Ausschreitungen nicht nur das Bild Indiens im Ausland, sondern führen auch zu Verstimmungen in den bilateralen Beziehungen mit den USA. Hier sind es besonders die Übergriffe gegen die christliche Minderheit oder westliche Missionare, die sich negativ auswirken. So kritisierte der Bericht der U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF) die seit 1998 zunehmenden Angriffe auf Christen in Indien.[35] Nach den Ausschreitungen gegen die muslimische Minderheit in Gujarat im Frühjahr 2002 forderte die USCIRF, Indien unter anderem mit Staaten wie Irak, China und Nordkorea als »country of particular concern« einzustufen.[36] Dies hätte es der US-Regierung erlaubt,

33 Dies wird von Teilen der BJP und ihr nahestehenden, hindu-nationalistischen Organisationen wie der RSS oder der Vishwa Hindu Parishad (VHP) gefordert. Die Zerstörung der Moschee in Ayodhya im Winter 1992, die verstärkten Attacken auf Christen nach 1998 und die schweren Ausschreitungen gegen Muslime im Bundesstaat Gujarat im Frühjahr 2002 mit einer kaum verhohlenen Unterstützung durch die BJP-Landesregierungen unterstreichen das damit verbundene Konfliktpotential.

34 Vgl. hierzu *Cohen*, Emerging Power [wie Fn. 7], S. 230.

35 Vgl. Sridhar *Krishnaswami*, Violence against Religious Minorities in India Alarming: U.S. Report, in: The Hindu, 20.6.2001.

36 *Ders.*, U.S. Panel for Naming India, Pak. as »Countries of Concern«, in: The Hindu, 2.10.2002.

Sanktionen gegen Indien zu verhängen. Wohl mit Blick auf das langfristige Interesse der USA an einer Zusammenarbeit mit Indien war Außenminister Powell aber nicht bereit, den Empfehlungen der Kommission zu folgen, und unterließ eine entsprechende Einstufung Indiens und anderer Staaten.[37] Die religiösen Unruhen in Indien wirken sich auch negativ auf die Investitionsbereitschaft amerikanischer Unternehmen aus. Gerade Gujarat galt als wirtschaftlich erfolgreicher Bundesstaat, so daß die Ausschreitungen gegen die Muslime ausländische Unternehmen veranlassen dürften, ihre Investitionen in anderen Regionen des Landes vorzunehmen.

Die Bedeutung der Themen Menschenrechte und religiöse Toleranz für die bilateralen Beziehungen ist von den innenpolitischen Konstellationen in beiden Staaten abhängig. Eine konservative Administration in den USA ist zumeist stärker dem Einfluß christlicher Interessengruppen ausgesetzt, während in Indien hindu-nationalistische Organisationen zum Teil größere Freiräume unter BJP-geführten Regierungen genießen. Vor dem Hintergrund der innenpolitischen Konstellation in den USA erstaunt es, daß die gegenwärtige Administration wohl aufgrund strategischer Überlegungen nicht bereit zu sein scheint, die teilweise gezielten gewaltsamen Übergriffe auf religiöse Minderheiten zu einem Streitpunkt im bilateralen Verhältnis zu machen. Unter einer anderen US-Regierung könnten diese Fragen aber ein deutlich größeres Problem in den bilateralen Beziehungen einnehmen, als dies gegenwärtig der Fall ist.

Gesellschaft: Die Indian Americans

In den vergangenen Jahren haben gesellschaftliche Gruppen eine neue Bedeutung in der indischen Außenpolitik erfahren. Ein besonderes Augenmerk richtete die BJP-Regierung auf die Gruppe der Auslandsinder. Weltweit gesehen bilden die etwa 20 Millionen Auslandsinder die zweitgrößte Diaspora nach den Auslandschinesen. Die größten Gruppen leben in Nordamerika (2,5 Millionen), in den Golfstaaten (2,5 bis 3 Millionen) sowie in Südostasien (4,5 Millionen). Eine von der BJP eingerichtete Kommission hat den politischen und wirtschaftlichen Stellenwert dieser Gruppe für die indische Außenpolitik herausgearbeitet: »Die sechs Millionen indischen Staatsbürger und die schätzungsweise 14 Millionen im Ausland lebenden Personen indischer Abstammung spielen eine zunehmend wichtigere Rolle für die Förderung indischer Außenpolitik.«[38] Die Überweisungen der auf mehr als drei Millionen geschätzten indischen Gastarbeiter aus den Golfstaaten tragen einen bedeutenden Teil zu den Deviseneinnahmen Indiens bei.[39] Zudem gelten die Investitionen der Auslandsinder in Indien mittlerweile als wichtiger Posten in der indischen Kapitalbilanz. Sie werden aber nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Motiven von der Politik umworben. Besonders die Indian Americans haben im Verlauf der neunziger Jahre im indisch-amerikanischen Verhältnis an Bedeutung gewonnen.

Die Einwanderungspolitik der USA hat seit Ende der siebziger Jahre zahlreiche gut ausgebildete indische Fachkräfte angelockt. Im Jahr 2000 lebten etwa 1,6 Millionen Indian Americans in den USA. Dies entspricht einem Anteil an der US-Bevölkerung von 0,6 Prozent.[40] Sie hatten mit über 105 Prozent das höchste Wachstum von allen asiatischen Einwandergruppen in den neunziger Jahren und waren nach den Chinesen und Philippinos die drittstärkste asiatische »Community« in den USA. Die Mehrzahl der Indian Americans lebt in den Großstädten und Wirtschaftszentren der Bundesstaaten Kalifornien, Texas, New York und New Jersey. Ihr Durchschnittseinkommen liegt mit 60.093 Dollar deutlich über dem nationalen Durchschnitt von 38.885 Dollar. Ein großer Teil fand Beschäftigung in der Informations- und Computerindustrie und trug zu deren Boom in den neunziger Jahren bei.

Die Indian Americans nutzten ihren wirtschaftlichen Erfolg, um politischen Einfluß zu gewinnen.

37 Vgl. Sridhar *Krishnaswami*, Powell »Silence« Upsets U.S. Panel on Religious Freedom, in: The Hindu, 15.5.2003.

38 *Government of India. Ministry of External Affairs*, Annual Report 2000–2001, New Delhi 2001, S. 132. Als Non Resident Indians (NRI) gelten indische Staatsbürger, die seit den sechziger und siebziger Jahren Indien verlassen haben. People of Indian Origin (PIO) sind hingegen Personen indischer Abstammung, die in den Auswanderungswellen des 19. und 20. Jahrhunderts zur Zeit der britischen Kolonialherrschaft Britisch-Indien verließen. Ihre Nachkommen sind zumeist Bürger der jeweiligen Staaten.

39 Etwa 20 bis 30 Prozent der indischen Gastarbeiter in den Golfstaaten sind Fachkräfte wie Ärzte und Ingenieure, die übrigen einfache oder ungelernte Arbeiter; vgl. *Ministry of External Affairs*, Report of the High Level Committee on the Indian Diaspora, New Delhi 2001, S. xiii.

40 Zu den Zahlenangaben und der Verteilung der Non Resident Indians? (NRI) in den USA http://www.nrilinks.com/usa/indians/default.asp (eingesehen am 31.7.2001).

Durch Organisationen wie das Network of South Asian Professionals (NETSAP), das India Abroad Centre for Political Awareness (IACPA) oder die Indo–American Political Foundation versuchen sie, ihren Einfluß auf die Abgeordneten geltend zu machen. Die Einrichtung eines eigenen India Caucus im US-Kongreß 1993 hatte sowohl die Anliegen der Indian Americans in den USA als auch die Verbesserung der indisch-amerikanischen Beziehungen zum Ziel.[41] Im Juli 2002 hatte der India Caucus 131 Mitglieder, 92 Demokraten und 39 Republikaner. 1994 formierte sich die India Interest Group in der sich mehrere multinationale Unternehmen mit wirtschaflichen Interessen in Indien zusammenschlossen, darunter General Electric, General Motors, AT&T, IBM und Coca-Cola. Im gleichen Jahr engagierte die indische Botschaft in Washington erstmals eine Lobbyfirma, um die indischen Interessen im US-Kongreß besser zur Geltung zu bringen.[42] Im September 2002 gründete sich ein Political Action Committee (PAC), um die indisch-amerikanischen Beziehungen zu verbessern. Dies unterstreicht das Interesse der Indian American Community, einen größeren Einfluß auf den politischen Entscheidungsprozeß in den USA zu nehmen.

Die Indian Americans unterstützten Al Gore im Präsidentschaftswahlkampf 2000 mit drei Millionen Dollar und Hillary Clinton bei ihrer Kandidatur als Senatorin in New York mit etwa einer Million Dollar.[43] Die Lobbyarbeit umfaßt unter anderem das gezielte Anschreiben einzelner Abgeordneter zu indienspezifischen Themen sowie die Beobachtung des Abstimmungsverhaltens von Kongreß-Abgeordneten zu indienrelevanten Fragen in den verschiedenen Ausschüssen.[44] Die indische Regierung hat deren politische Einflußnahme nach den Nukleartests 1998 und während der Kargil-Krise mit Pakistan 1999 gewürdigt, als es den Indian Americans offensichtlich gelang, ein positives Klima im US-Kongreß zugunsten Indiens zu schaffen. Die Lobbyarbeit dieser Gruppe wirkte sich auch positiv bei Hilfszusagen nach Naturkatastrophen wie dem Wirbelsturm in Orissa oder dem Erdbeben in Gujarat aus. Mit der Bildung einer indisch-amerikanischen Parlamentariergruppe im März 2002 haben die Abgeordneten beider Staaten ein weiteres Forum für einen beständigen Meinungs- und Informationsaustausch geschaffen.

Die Aktivitäten der Indian Americans haben einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der indisch-amerikanischen Beziehungen in den neunziger Jahren geleistet. Angesichts des außenpolitischen Entscheidungsprozesses in den USA erweist es sich als schwierig, aus der Existenz einer ethnischen Lobby Rückschlüsse auf den Einfluß oder die Bedeutung des jeweiligen Landes in der US-Außenpolitik zu ziehen.[45] Selbst wenn sich die Indian Americans nicht zu einem »political powerhouse«[46] entwickeln, haben ihre Aktivitäten und die von ihnen geschaffenen Institutionen doch maßgeblich dazu beigetragen, die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontakte zwischen Indien und den USA auf eine deutlich breitere Grundlage zu stellen als zuvor. Dies sollte sich langfristig auch positiv auf die indisch-amerikanischen Beziehungen auswirken. Rückschläge im bilateralen Verhältnis wie in den siebziger Jahren sollten endgültig der Vergangenheit angehören. Die neue Bedeutung Indiens in den USA zeigte sich 1999 auch in einer Umfrage des Chicago Council on Foreign Relations. Bei den US-Meinungsführern erreichte Indien auf der Skala der wichtigsten Länder Platz zwei hinter China, noch vor Deutschland, Rußland oder Japan. In der Wahrnehmung der amerikanischen Öffentlichkeit lag Indien allerdings weit hinter den drei letztgenannten Staaten zurück.[47]

41 Zur Entwicklung des Congressional Caucus on India and Indian Americans vgl. Neil *Parekh*, Community Must Ask More of Caucus, in: News India-Times, http://www.indiatogether.org/s/caucus/ parekh-caucus.html (eingesehen am 25.2.2000); Amberish K. *Diwanji*, The India Caucus Still Has a Long Distance to Go, http://www.indiatogether.org/us/caucus/rediff-caucus.html (eingesehen am 18.9.2000).

42 Vgl. Reeta Chowdhari *Tremblay*, Indo–US Relations and the Kashmir Issue, in: Ashok *Kapur*/Y.K. *Malik*/Harold A. *Gould*/Arthur G. *Rubinoff* (Hg.), India and the United States in a Changing World, New Delhi/London 2002, S. 499–532 (524).

43 Vgl. Nina *Kohli-Laven*, The Gore Gamble, in: Outlook, 27.11.2000, S. 37/38.

44 Das namentliche Abstimmungsverhalten der Mitglieder des auswärtigen Ausschusses zur Kargil-Krise 1999 ist z.B. unter http://www.indiatogether.org/us/record/kargil.htm nachzulesen.

45 Vgl. Robert M. *Hathaway*, Unfinished Passage: India, Indian Americans, and the U.S. Congress, in: The Washington Quarterly, 24 (Frühjahr 2001) 2, S. 29/30.

46 James M. *Lindsay*, Getting Uncle Sam's Ear. Will Ethnic Lobbies Cramp America's Foreign Policy Style, in: The Brookings Review, 20 (Winter 2002) 1, S. 37–40.

47 Vgl. John E. *Rielly*, American Public Opinion and U.S. Foreign Policy 1999, Chicago 1999, S. 11.

Tabelle 3
Interessendifferenz und -konvergenz zwischen Indien und der USA

	Konvergenz	*Differenz*
Herrschaft	– Demokratie	– amerikanischer Unilateralismus
Sicherheit	– China – Terrorismus – Raketenabwehr	– NVV
Wirtschaft	– Liberalisierung – Weltmarktintegration – Ausländische Direktinvestitionen – WTO	– Patentrechte – Technologietransfer
Kultur	– Menschenrechte	– Religiöse Diskriminierung

Zusammenfassung

Bei der Betrachtung der Politikfelder zeigt sich, daß im Vergleich zur Phase des Ost-West-Konflikts die Gemeinsamkeiten im bilateralen Verhältnis heute bei weitem überwiegen. In den Bereichen Politik, Wirtschaft und Sicherheit stimmen Indien und die USA in zentralen Punkten überein. Hierzu zählen das Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten, zur Markt wirtschaft und zur Weltmarktintegration sowie zum Kampf gegen den Terrorismus und die Vorbehalte gegenüber China. Altbekannte Divergenzen gibt es hinsichtlich des NVV, des Technologietransfers sowie des amerikanischen Unilateralismus. Neu hinzugekommen sind der Streit um den Schutz geistigen Eigentums im Rahmen der WTO sowie die Kritik der USA an der mangelnden religiösen Toleranz in Indien.

In welchem Umfang die aufgeführten Probleme das bilaterale Verhältnis bestimmen, wird von den innenpolitischen Konstellationen in beiden Staaten abhängig bleiben. So hat die Frage des NVV momentan einen deutlich geringeren Stellenwert als noch zur Zeit der Clinton-Administration. Eine andere Regierungskonstellation in Indien könnte ebenfalls für Verschiebungen in der Gewichtung der Themen sorgen. Während die BJP in der Frage der Raketenabwehr eine sehr pro-amerikanische Haltung eingenommen hat, bleibt abzuwarten, ob eine Kongreß- oder Left-Front-Regierung in dieser Frage nicht eine andere Haltung an den Tag legt.

Die neuen Gemeinsamkeiten im bilateralen Verhältnis, die sich im Verlauf der neunziger Jahre herausgebildet haben, sprechen für die These einer strategischen Allianz zwischen Indien und den USA. Dies gilt um so mehr, als in diesem Zeitraum in beiden Staaten verschiedene Regierungen an der Macht waren, die das gesamte parteipolitische Spektrum abgedeckt haben. Abgesehen von der Phase zwischen den Nukleartests 1998 und dem Clinton-Besuch 2000 ist spätestens ab 1994 ein beständiger Aufschwung der Beziehungen zu beobachten. Allerdings gibt es auch in Indien Stimmen in den Parteien und in der Wissenschaft, die stärker an der von Nehru geprägten Politik der außenpolitischen Eigenständigkeit festhalten wollen. Sie sprechen sich für ein Zweckbündnis mit den USA aus, bei dem die nationalen Interessen Indiens im Mittelpunkt stehen. Einer zu starken Annäherung an die USA stehen sie kritisch gegenüber, da die USA aufgrund ihrer früheren Sanktionen gegen Indien einen zwiespältigen Ruf haben und nicht unbedingt als verläßlicher Partner gelten. Dies würde nicht die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Staaten in Frage stellen, aber die Zusammenarbeit mit den USA würde sich stärker an den nationalen Interessen Indiens orientieren.[48] Aspekte einer vorrangig auf Eigenständigkeit bedachten Außenpolitik bilden unter anderem die Annäherung Indiens an China sowie die unterschiedliche Haltung Indiens und der USA im Umgang mit Pakistan.

48 Vgl. für diese Sichtweise *Institute of Peace and Conflict Studies*, India-US Relations. Promoting Synergy, New Delhi 2003, S. 3.

Die Annäherung der regionalen Interessen

Nach den Politikfeldern soll im folgenden die Annäherung der regionalen Interessen Indiens und der USA in Südasien und im südlichen Asien herausgearbeitet werden. Beide Staaten haben in der Vergangenheit unterschiedliche Interessen in diesen Regionen verfolgt und verschiedene Regime unterstützt. Während des Kalten Krieges betrachtete Indien Südasien als Teil seiner nationalen Sicherheitssphäre und lehnte jede Einmischung von anderen Großmächten in der Region ab. Der von Nehru angestrebte Ausbau der Beziehungen zu Südostasien scheiterte Anfang der achtziger Jahre unter Premierministerin Indira Gandhi unter anderem an den unterschiedlichen Einschätzung regionaler Konfliktherde wie Kambodscha. Im westasiatischen Raum, dem Mittleren Osten, konzentrierte sich Indien auf die arabischen Staaten und unterhielt keine vollen diplomatischen Beziehungen zu Israel.

In beiden Regionen gab es deshalb kaum gemeinsame indisch-amerikanische Interessen. Die USA hatten in Pakistan ihren wichtigsten Verbündeten in Südasien. Im Mittleren Osten unterhielten sie engste Beziehungen zu Israel und den Golfstaaten, in Südostasien bauten sie nach der Niederlage in Vietnam ihre wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zu den Staaten der Association of South East Asian Nations (ASEAN) aus. Seit Anfang der neunziger Jahre haben sich diese Konstellationen verändert. Aus der Divergenz der Interessen beider Staaten in beiden Regionen ist allmählich eine neue Interessenkonvergenz entstanden.

Südasien

Seit den Tagen Nehrus teilen indische Regierungen ein mehr oder weniger unausgesprochenes Selbstverständnis darüber, daß Südasien und der Indische Ozean einen Bestandteil der nationalen Sicherheit Indiens bilden. Indira Gandhis Südasien-Doktrin (auch: Indira-Doktrin) machte deutlich, daß Indien jeden Versuch einer Einflußnahme ausländischer Mächte in der Region ebenso ablehnte wie die Existenz ausländischer Militärstützpunkte, was sich vor allem gegen die US-Truppen auf Diego Garcia richtete.[49]

Indien setzte seine sicherheitspolitischen Interessen in der Region mit verschiedenen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Mitteln durch. Militärische Aktionen umfaßten unter anderem die »Eingliederung« Goas 1961, die militärische Intervention im ostpakistanischen Bürgerkrieg 1971 sowie die Unterstützung benachbarter Regierungen zur Niederschlagung von Aufständen und Putschen wie in Sri Lanka 1971 sowie zwischen 1987 und 1990 oder auf den Malediven 1988. Nehru sicherte sich durch Verträge mit den Himalaya-Königreichen Bhutan, Nepal und Sikkim einen weitreichenden Einfluß auf deren Außen- und Sicherheitspolitik. Indira Gandhi und Rajiv Gandhi nutzten die wirtschaftliche Abhängigkeit von Staaten wie Nepal und Bangladesch wiederholt zur Durchsetzung sicherheitspolitischer Interessen Indiens.

Die Südasienpolitik der USA war während des Ost-West-Konflikts dadurch gekennzeichnet, daß es nicht gelang, einen Ausgleich ihrer Interessen in bezug auf Indien und Pakistan zu finden. Pakistan wurde durch seinen Beitritt zur South East Asian Treaty Organization (SEATO) 1954 und zur Central Treaty Organization (CENTO) 1955 zu einem wichtigen Verbündeten im Kampf gegen den Kommunismus. Indien hingegen lehnte Militärallianzen ab und kritisierte die militärische Aufrüstung Pakistans aus Angst, daß die Waffen bei einem weiteren bewaffneten Konflikt gegen Indien eingesetzt werden könnten. Die amerikanische Entscheidung Anfang der sechziger Jahre, moderne Kampfflugzeuge nur an Pakistan, nicht aber an Indien zu liefern, ließen die ersten militärischen Kontakte zwischen Indien und der Sowjetunion entstehen, die sich bereit erklärte, MiG-Kampfflugzeuge an Indien zu liefern.

Der zweite indisch-pakistanische Krieg 1965 demonstrierte das Scheitern der US-Politik in Südasien, die bis dahin das Ziel verfolgt hatte, beide Staaten für die Eindämmung des Kommunismus zu gewinnen. Sowohl die Beziehungen der USA zu Indien als auch

49 Vgl. Devin T. *Hagerty*, India's Regional Security Doctrine, in: Asian Survey, 31 (April 1991) 4, S. 351–363.

zu Pakistan hatten sich verschlechtert, so daß die USA die Friedensregelung bereitwillig der Sowjetunion überließen und in der Folge ihr Augenmerk auf Südostasien richteten.[50] Das beständige Dilemma der amerikanischen Südasienpolitik, Pakistan als militärischen Verbündeten zu unterstützen, ohne gleichzeitig die Indische Union zu verärgern, die politisch als wichtigstes alternatives Entwicklungsmodell zu China in Asien galt, konnte von keiner US-Regierung gelöst werden.

Der dritte indisch-pakistanische Krieg 1971 markierte den Tiefpunkt in den indisch-amerikanischen Beziehungen. Die spektakuläre Annäherung der USA an die VR China durch die geheime Reise von Sicherheitsberater Kissinger nach Peking im Sommer 1971 war von Islamabad aus erfolgt. Das pakistanische Militär und die politische Eliten im Westteil Pakistans hatten sich nach den ersten Wahlen 1970 in einen blutigen Bürgerkrieg in Ostpakistan verstrickt, da sie den Wahlsieg der ostpakistanischen Awami-Liga nicht anerkennen wollten. Während Indien die USA drängte, Einfluß auf Pakistan zu nehmen, um den Bürgerkrieg in Ostpakistan und die Flüchtlingsströme nach Indien zu beenden, hielt die Nixon-Administration an der westpakistanischen Übergangsregierung fest, um der VR China die Verläßlichkeit der USA gegenüber ihren Verbündeten zu demonstrieren. Als Reaktion auf die Annäherung der USA an China unterschrieben Indien und die Sowjetunion im August 1971 einen Freundschaftsvertrag. Im Dezember des Jahres erfolgte die militärische Intervention Indiens in Ostpakistan, die mit der Niederlage der pakistanischen Armee und der Unabhängigkeit von Bangladesch endete. Die Entsendung des amerikanischen Flugzeugträgers USS Enterprise an den südlichen Rand des Golfs von Bengalen während der Krise wurde von Indien als Bedrohung aufgefaßt, die das Verhältnis zu den USA auf einen Tiefstand brachte.

Die Ereignisse von 1971 machten das grundlegende Problem der US-Südasienpolitik deutlich: »Die USA sind nicht in der Lage, Indien einen Platz in ihren strategischen Überlegungen einzuräumen, der Indiens nationaler Würde und seinen Bestrebungen sowie seinen beachtlichen Errungenschaften entspricht.«[51] Dieses Dilemma zeigte sich erneut nach der sowjetischen Invasion Afghanistans 1979. Pakistan wurde über Nacht zum »front-line state« der US-Außenpolitik. Die damit einhergehende umfangreiche militärische Aufrüstung Pakistans belastete wiederum die indisch-amerikanischen Beziehungen.

In Sri Lanka zeigten sich ebenfalls die indischen Vorbehalte gegenüber einer möglichen Einmischung der USA in den Konflikt zwischen der Regierung und den tamilischen Guerillagruppen. Mitte der achtziger Jahren erregte zum einen die Sendestation von Voice of America auf der Insel den Unmut Indiens. Zum anderen versuchte die Regierung in Colombo die Unterstützung der USA zu erhalten, um dadurch ein Gegengewicht zum indischen Einfluß zu schaffen. Als Gegenleistung für die militärische Unterstützung stellte die srilankische Regierung der US-Marine die Nutzung des Hafens von Trincomalee in Aussicht. Doch zeigten die USA kein Interesse an einer stärkeren Einmischung in den Konflikt und überließen der Indischen Union eine Konfliktregulierung.

Pakistan: Kargil, der 11. September und Kaschmir

Die Annäherung Indiens an die USA in den neunziger Jahren drängte die schwierige Frage über den Umgang beider Staaten mit Pakistan in den Hintergrund. Die Kaschmirfrage führte 1993 vorübergehend zu Irritationen im indisch-amerikanischen Verhältnis. Teile der US-Administration bezeichneten Kaschmir als »umstrittenes Gebiet« und unterstützten dadurch die pakistanische Sichtweise des Konflikts. Damit wichen die USA von ihrer bis dahin verfolgten Politik ab, den Vertrag von Simla zwischen Indien und Pakistan als Grundlage für eine Beilegung des Kaschmirkonflikts zu nehmen. Nach indischen Protesten und wohl mit Blick auf die künftige Bedeutung des Landes kehrten die USA 1994 zu ihrer früheren Position zurück, bilaterale Verhandlungen zu befürworten und damit die indische Haltung in der Kaschmirfrage zu unterstützen.[52] Die Anfang Mai 2003 bekanntgewordene Überarbeitung der CIA-Kaschmirkarte und die Aufteilung des Gebiets in »Indian State of Jammu and Kashmir« sowie »Pakistani-controlled areas of Kashmir« unterstrich, daß sich die USA mittlerweile die Auffassung Indiens über den Konflikt zu eigen gemacht haben.[53]

50 Vgl. Robert J. *McMahon*, The Cold War on the Periphery. The United States, India, and Pakistan, New York 1994.
51 Bhabani *Sen Gupta*, India and the Super Powers, in: M.S. *Rajan*/Shivaji *Ganguly* (Hg.), Great Power Relations, World Order and the Third World, New Delhi 1981, S. 111–145 (131).
52 Vgl. *Tremblay*, Indo–US Relations [wie Fn. 42], S. 522f.
53 Vgl. http://www.cia.gov/cia/publications/mapspub/maps/Kashmir.htm (eingesehen am 5.5.2003).

Trotz der verbesserten Beziehungen mit Indien erwies es sich bis 1998 als vergleichsweise schwierig, das Interesse der politischen Entscheidungsträger in den USA für Südasien zu wecken.[54] Das änderte sich nach den Nukleartests von Indien und Pakistan im Mai 1998. Mit den militärischen Auseinandersetzungen zwischen Indien und Pakistan im Frühsommer 1999 an der Kontrollinie im Raum Kargil schien sich eine nukleare Eskalation der Kaschmirkonflikts anzubahnen, die eine direkte politische Intervention der USA notwendig machte.

Der Vorstoß kaschmirischer Guerillakämpfer, die von pakistanischen Einheiten unterstützt wurden, über die Kontrollinie torpedierte die vorübergehende Annäherung Indiens und Pakistans im Frühjahr 1999, als mit der Lahore-Deklaration eine neue Phase der Entspannung nach den Atomtests im bilateralen Verhältnis eingeläutet zu sein schien. Die Aktion war bereits im Winter 1998/99 von General Musharraf geplant worden. In wochenlangen schweren Gefechten gelang es der indischen Armee schließlich, die Eindringlinge aus ihren Stellungen zu vertreiben. Zugleich intervenierten die USA politisch zugunsten Indiens und zwangen die pakistanische Regierung von Premierminister Nawaz Sharif, die Unterstützung für die Eindringlinge zu beenden. Der Kargilkrieg war insofern bedeutsam, als er der indischen Regierung zeigte, daß es durchaus sinnvoll sein konnte, die Kaschmirfrage zu internationalisieren, war es doch der Druck der USA, der Pakistan letztendlich zum Einlenken bewog.

Die Einmischung der USA zeigte ihr Interesse an einer Anerkennung der Kontrollinie in J&K als internationale Grenze zwischen Indien und Pakistan, um den Kaschmirkonflikt beizulegen. Die amerikanische Regierung drängte Indien, bei den Kampfhandlungen die Kontrollinie nicht zu überschreiten und keine Nachschublager der Eindringlinge im pakistanisch kontrollierten Teil Kaschmirs anzugreifen, was Indien einen beträchtlichen Ansehensgewinn einbrachte.[55] Demgegenüber mußte sich der pakistanische Premier Nawaz Sharif in den Gesprächen mit Präsident Clinton unmißverständlich erklären lassen, daß sich die von Pakistan unterstützten Kämpfer auf der »falschen Seite der Kontrollinie« befänden.[56] Die Länderkarten im »CIA Factbook 2002« markieren die Staatsgebiete Indiens und Pakistans in J&K ebenfalls entlang der Kontrollinie.

Im März 2000 umriß Präsident Clinton während seines Besuchs in Südasien die Haltung der USA zur Kaschmirfrage als Politik der vier »R«: Zurückhaltung beider Seiten (Restraint), Respektierung der Kontrollinie (Respect), Ablehnung von Gewalt (Rejection) und Wiederaufnahme des Dialogs (Renewal). Zugleich rückte er von dem in den VN-Resolutionen festgeschriebenen Referendum über die Zugehörigkeit Kaschmirs ab und forderte eine stärkere demokratische Beteiligung der Kaschmiris, beispielsweise durch Landtagswahlen.[57]

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 rückte Südasien noch stärker ins Zentrum amerikanischer Sicherheitspolitik. Zentrale sicherheitspolitische Bedrohungsszenarien wie die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, religiöser Fundamentalismus, Terrorismus und Drogenhandel waren in der Region auf vielfältige Weise miteinander verbunden und hatten eine aktivere Politik der USA zur Folge. Dabei zeigte sich, daß die Bush-Regierung noch stärker als die Clinton-Administration ihre Beziehungen zu Indien und Pakistan zunehmend entkoppelte. Diese Strategie war Anfang 2001 von der RAND-Corporation empfohlen worden, um Indien langfristig ein größeres Gewicht in der US-Außenpolitik zu geben.[58]

Indien hatte sich nach den Anschlägen vom 11. September umgehend auf die Seite der USA und der internationalen Allianz gegen den Terrorismus gestellt. Die Einbeziehung Pakistans in die Allianz löste in Indien allerdings starke Vorbehalte aus, da es in Pakistan den Hauptverantwortlichen für die Gewalttaten in J&K sah. Nach den Anschlägen militanter islamistischer Gruppen in Srinagar Anfang Oktober und auf das indische Parlament im Dezember 2001 verschlechterten sich die Beziehungen zu Pakistan rapide. Ein

54 Stephen *Cohen*, The United States, India, and Pakistan: Retrospect and Prospect, in: Selig S. *Harrison*/ Paul H. *Kreisberg*/ Dennis *Kux* (Hg.), India and Pakistan. The First Fifty Years. Washington 1999, S. 201.

55 Gemäß indischer Interpretation ist der gesamte Fürstenstaat Kaschmir im Oktober 1947 der Indischen Union beigetreten. Der von Pakistan kontrollierte Teil gilt somit ebenfalls als indisches Territorium.

56 Über den Verlauf der Gespräche aus amerikanischer Sicht vgl. die Ausführungen von Bruce *Riedel*, American Diplomacy and the 1999 Kargil Summit at Blair House, Pennsylvania: Center for The Advanced Study of India, 2002 (Policy Paper Series).

57 Siehe hierzu die Ausführungen von Clinton in einem Interview mit dem Sender ABC: A Lot Has Changed since 1948, Says Clinton, in: The Hindu, 23.3.2000.

58 Vgl. Frank *Carlucci*/Robert *Hunter*/Zalmay *Khalilzad*, Taking Charge: A Bipartisan Report to the President Elect on Foreign Policy and National Security, Washington: RAND Corporation, 2000, S. 44/45.

großangelegter Truppenaufmarsch Indiens zur Sicherung der Kontrollinie gegen eine weitere Infiltration sorgte in Pakistan für Befürchtungen, Indien könnte einen Militärschlag auf Ausbildungslager im pakistanisch kontrollierten Teil Kaschmirs führen.

Wie nach dem Kargilkrieg 1999 nutzte die indische Regierung die Ereignisse vom 11. September zu dem Versuch, die Kaschmirfrage erneut zu internationalisieren. Sie wies auf die Gemeinsamkeiten zwischen den Anschlägen in New York und in Kaschmir sowie auf die Verwicklung Pakistans bei der Unterstützung der Taliban und der militanten islamistischen Gruppen in Kaschmir hin und suchte so eine internationale Ächtung Pakistans zu erreichen. Für Pakistan, das stets auf eine Internationalisierung der Kaschmirfrage gedrängt hatte, erwies sich ebendies als Pyrrhus-Sieg. Die pakistanische Führung mußte nach dem 11. September 2001 empfindliche außenpolitische Rückschläge hinnehmen. Erstens mußte sie ihre, von offizieller Seite stets bestrittene, aber von pakistanischen Medien reichlich dokumentierte, Unterstützung für die Taliban in Afghanistan aufgeben. Zwar konnte Präsident Musharraf damit nach eigenem Bekunden noch Kaschmir und die Nuklearmacht retten,[59] doch währte dieser Erfolg nur wenige Monate. Zweitens mußte er nach den Anschlägen auf das indische Parlament im Dezember 2001 und den sich rapide verschlechternden Beziehungen zu Indien härter gegen extremistische Gruppen im eigenen Land vorgehen. In einer Rede am 12. Januar 2002 hielt er an der politischen Unterstützung der »Freiheitskämpfer« im indischen J&K fest, sagte jedoch den extremistischen Gruppen in Pakistan den Kampf an. Er verbot eine Reihe von islamistischen Gruppen, deren Führer verhaftet und deren Bankkonten eingefroren wurden. Dieses Vorgehen war auch ein Ergebnis des verstärkten internationalen Drängens, nicht zuletzt der USA, militante Gruppen in Pakistan entschiedener zu bekämpfen.

Durch die Einbeziehung Indiens und Pakistans in die Allianz gegen den Terror ergaben sich für die USA neue Handlungsspielräume, um in der Kaschmirfrage auf beide Seiten einzuwirken.[60] Pakistan zeigte durch die Zusammenarbeit mit den USA gegen die Taliban und Al-Qaida-Kader in Afghanistan und im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet sowie durch sein Abrücken von der Unterstützung kaschmirischer Gruppen in J&K seine Bereitschaft zum Kampf gegen den Terrorismus, wenngleich die Infiltration über die Kontrollinie weiterging. Angesichts der wachsenden Spannungen zwischen Indien und Pakistan im Frühjahr 2002 vor allem nach dem Anschlag auf das Armeelager in Kaluchak (J&K) im Mai 2002 drängte die amerikanische Regierung Indien, den Dialog mit Pakistan über Kaschmir wiederaufzunehmen. Die indische Regierung weigerte sich bzw. knüpfte dies an die Bedingung, die Infiltration von Extremisten über die Kontrollinie dauerhaft zu beenden. Damit entbrannte ein Streit zwischen Pakistan und den USA darüber, inwieweit Pakistan bereit und in der Lage war, die Infiltration ein für allemal einzustellen. Angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen in J&K im Oktober 2002, denen die USA im Unterschied zu Pakistan eine große Bedeutung für die Konfliktbeilegung beimaßen, forderten die USA Pakistan auf, das Einsickern militanter Gruppen über die Kontrollinie zu unterbinden.

Gerade der Umgang mit Pakistan brachte auf indischer Seite eine gewisse Ernüchterung in den Beziehungen mit den USA. Das Kalkül war zunächst, daß der Kampf gegen den Terrorismus wie im Fall Kargil dazu genutzt werden könne, um die Infiltration von pakistanischem Gebiet aus endgültig zu beenden. Im Frühjahr 2003 zeigten sich aber die Grenzen der amerikanischer Einflußmöglichkeiten. Aufgrund der instabilen Sicherheitslage und der kompliziert anlaufenden Demokratisierung nach den Wahlen vom Oktober 2002 war es den USA nicht möglich, dauerhaft und erfolgreich Druck auf Pakistan in der Frage der Infiltration auszuüben. Das gewaltsame amerikanische Vorgehen in der Irakfrage und die von Außenminister Sinha vorgenommene Gleichsetzung Pakistans mit dem Irak als einem Land, das den Terrorismus unterstütze und über Massenvernichtungswaffen verfüge, so daß ein Präemptivschlag Indiens aus Gründen der nationalen Sicherheit rechtens sei, waren Ausdruck indischer Unzufriedenheit mit dem Verhalten der USA gegenüber Pakistan.

Dennoch haben die USA nach dem 11. September 2001 stärker als zuvor in der Kaschmirfrage eine vermittelnde Rolle zwischen Indien und Pakistan eingenommen. Ihre zahlreichen diplomatischen Missionen haben sicherlich einen Teil dazu beigetragen, daß der

59 Vgl. We've Saved Our Core Interests: Afghan Policy Based on Principles: CE, in: Dawn, 20.11.2001.

60 Vgl. Lee *Feinstein*, When Policy Priorities Converge: U.S. Relations with India and Pakistan, in: Lee *Feinstein*/James C. *Clad*/Lewis A. *Dunn*/ David *Albright*, A New Equation. U.S. Policy toward India and Pakistan after September 11, Washington: Carnegie Endowment for International Peace, 2002 (Working Paper No. 27), S. 7/8.

Dialog zwischen beiden Staaten im April 2003 wieder in Gang kam.

Vor allem Indien gegenüber ist die US-Regierung zu einem Balanceakt gezwungen, denn es gibt immer noch beträchtliche Vorbehalte gegen alle Ansätze zu einer offiziellen externen Vermittlung in der Kaschmirfrage.[61] Wie sensibel die indische Öffentlichkeit auf eine mögliche Einmischung von Drittstaaten in der Kaschmirfrage reagiert, zeigte sich an den heftigen Protesten über die Äußerungen von US-Außenminister Powell, der Kaschmir als »internationale Angelegenheit« bezeichnet hatte.[62] Die Reaktionen in Indien, die damit wieder das Ende der Souveränität des Landes heraufziehen sahen, erinnerten an die alten Vorbehalte Indiens gegenüber den USA aus vergangenen Zeiten.[63]

Die Ankündigung der USA, sich nach dem Ende des Irakkriegs verstärkt um regionale Krisenherde wie Südasien zu kümmern, und die Erklärung des US-Gesandten für den Irak, General Garner, daß der Kaschmirkonflikt bis Ende 2004 beigelegt sein werde, führten in Indien und Pakistan zu erstaunlichen Abwehrreaktionen. Außenminister Sinha und Premierminister Vajpayee bekräftigten erneut, daß Indien eine externe Vermittlung durch Dritte ablehne.[64] In Pakistan wuchs die Unsicherheit über die Pläne der USA in bezug auf Kaschmir und die Nuklearwaffen, so daß Premierminister Jamali und Vertreter islamistischer Parteien anstelle einer Vermittlung durch die USA direkte Gespräche mit Indien befürworteten.

Die USA in Südasien

Das wiedererwachte Interesse der USA blieb aber nach dem 11. September nicht nur auf Indien und Pakistan beschränkt. Auch die anderen Regierungen in der Region erhielten nun Unterstützung in ihrem Kampf gegen terroristische Gruppen. Dies war insofern bemerkenswert, als jede Einmischung einer auswärtigen Großmacht in die inneren Angelegenheiten der Nachbarstaaten von Indien bis vor wenigen Jahren noch als Affront aufgefaßt worden wäre. Hatten die Sendeanlagen von Voice of America auf Sri Lanka in den achtziger Jahren noch Probleme im bilateralen Verhältnis zwischen Indien und den USA geschaffen, so blieb das amerikanische Engagement für die Regierungen in Colombo und in Kathmandu nach dem 11. September ohne negative Auswirkungen auf die Beziehungen zu Indien.[65]

Auf seiner Rundreise in Südasien hatte Präsident Clinton im Frühjahr 2000 als erster US-Präsident Bangladesch besucht, um die gestiegene Bedeutung des Landes für die US-Außenpolitik zu unterstreichen. Von Sicherheitsberater Henry Kissinger in den siebziger Jahren noch als »Faß ohne Boden« abqualifiziert, hatte das Land nach dem demokratischen Übergang 1991 eine bemerkenswerte politische Entwicklung durchlaufen. Gegenwärtig ist Bangladesch der einzige muslimische Staat, in dem bereits drei Regierungswechsel durch demokratische Wahlen stattgefunden haben. Damit hat das Land für die USA eine Vorbildfunktion als Modell für eine demokratische muslimische Gesellschaft, die es auch in Staaten wie Pakistan zu errichten gilt.[66] Des weiteren sind US-Unternehmen an der Förderung der umfangreichen Naturgasvorkommen im Golf von Bengalen beteiligt. Die Frage der Gasexporte nach Indien, die auch von den USA unterstützt wird, hat in Bangladesch eine innenpolitische Kontroverse ausgelöst. Während die im Oktober 2001 gewählte Regierung der Bangladesh Nationalist Party (BNP) den Gasexport nach Indien unterstützt, fordert die oppositionelle Awami-Liga eine stärkere Eigennutzung der Energie.[67]

In Sri Lanka war Indien 1990 mit seinem Versuch gescheitert, den innenpolitischen Konflikt durch eine militärische Intervention und eine Entwaffnung der

61 Der frühere Direktor für den Nahen Osten und Südasien im National Security Council während der Clinton-Administration, Bruce Riedel, hat die amerikanische Haltung in der Kaschmirfrage lapidar wiedergegeben: »We have made it clear that the United States will not mediate this dispute because India asks us not to do so.« (Bruce *Riedel*, New Opportunities in U.S.–South Asia Relations. An Assessment of President Clinton's Visit to India, Pennsylvania 2000 (*Center for The Advanced Study of India*, Occasional Papers, No. 12), S. 15.
62 Vgl. Jawed *Naqvi*, Kashmir an International Issue: US: India Told to Free All Political Leaders, in: Dawn, 29.7.2002.
63 Vgl. Govt. Surrendering Svereignty to U.S., in: The Hindu, 31.7.2002.
64 Vgl. India Wary of US Designs in South Asia, http://headlines.sify.com (eingesehen am 7.4.2003).
65 Zum amerikanischen Engagement in Nepal und Sri Lanka nach dem 11. September vgl. Bernhard *Imhasly*, Hoher Blutzoll im nepalesischen Bürgerkrieg, in: Neue Zürcher Zeitung, 24.4.2002; Barbara *Crossette*, Sri Lanka: In the Shadow of the Indian Elephant, in: World Policy Journal, (Frühjahr) 34.
66 Vgl. hierzu die Ausführungen von Christina *Rocca*, Assistant Secretary of State für Südasien, vor dem International Relations Subcommittee on the Middle East and South Asia am 18.7.2002.
67 Vgl. Hasina Opposes Gas Export to India, in: The Hindu, 29.10.2001; Haroon *Habib*, U.S. Urges Dhaka to Export Gas, in: The Hindu, 14.3.2002.

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) zu beenden. Das militärische und politische Trauma dieser fehlgeschlagenen Intervention führte in den folgenden Jahren zu einer weitgehenden Nichtbeachtung des Konflikts. So versagte Indien der srilankischen Regierung die Unterstützung bei der Evakuierung eingeschlossener Truppen in Jaffna im Sommer 2000. Seit dem Frühjahr 2000 gab es Gespräche zwischen Regierung und LTTE unter norwegischer Vermittlung, an denen Indien nicht direkt beteiligt war. Nach dem 11. September 2001 vergrößerte sich der internationale Druck auf Organisationen wie die LTTE. Bereits 1997 hatten die USA sie offiziell zur terroristischen Vereinigung erklärt und eine Reihe von Sanktionen gegen die Organisation verhängt.[68] Im März 2002 forderten sie die LTTE in einer Presseerklärung auf, sich an die Vereinbarungen mit der Regierung vom Februar des Jahres zu halten, um ihre internationale Isolation nach dem 11. September nicht noch mehr zu vergrößern.[69] Im gleichen Monat begleitete Christina Rocca, Assistant Secretary of State, den srilankischen Premierminister Wickremasinghe auf seiner Reise in die tamilischen Gebiete nach Jaffna.[70]

Die vergangenen Jahre zeigen damit eine bemerkenswerte Fortsetzung der Entwicklung der indischen Außenpolitik gegenüber Südasien seit Mitte der neunziger Jahre. Die zuvor praktizierte Politik der exklusiven Macht- und Einflußsicherung ist im Rahmen des Kampfes gegen den Terrorismus einer Arbeitsteilung mit den USA gewichen, deren gegenwärtiges Engagement in den Nachbarstaaten Indiens vor wenigen Jahren kaum vorstellbar erschien. Im Vergleich zur Indira-Doktrin der achtziger Jahre ist die indische Regionalpolitik damit deutlich pragmatischer geworden. Sie ist erstmals bereit, sich auf eine Zusammenarbeit mit externen Großmächten einzulassen, wenn dadurch indische Interessen in der Region gesichert werden können. Abzuwarten bleibt, inwieweit divergierende Interessen Indiens und der USA in der Region erneut Konflikte im bilateralen Verhältnis auslösen, wie es im Hinblick auf den Umgang mit Pakistan in der Vergangenheit immer wieder der Fall war.

Das südliche Asien

Seit Anfang der neunziger Jahren verfolgen indische Regierungen gezielt die Politik, ihre Beziehungen zu benachbarten Regionen auszubauen. Narasimha Raos »Look East«-Politik legte in der ersten Hälfte der neunziger Jahre den Schwerpunkt zunächst auf Südostasien. Die von Außenminister Singh proklamierte Doktrin des südlichen Asiens hat die indische Interessensphäre noch auf Zentral- und Westasien erweitert, die zuvor vergleichsweise geringe Priorität in der indischen Außenpolitik hatten: »Indien ist nur ca. 90 Seemeilen von der nördlichsten Provinz Aceh in Indonesien entfernt. Deshalb sind Entwicklungen in ganz Südostasien von direkter Bedeutung für uns. In einer anderen Richtung, vom nördlichsten Punkt Indiens, der heute Teil des pakistanisch besetzten Teils Kaschmirs ist, ist Tadschikistan nur 35 Kilometer entfernt; deshalb definieren die Gebiete Zentralasiens diesen Teil unserer Region.«[71] Im Westen reklamierte Singh die Grenze zu Iran sowie den Golfstaaten, im Süden den Indischen Ozean als Bereiche der nationalen Sicherheit Indiens. Die Annäherung der regionalen Interessen Indiens an diejenigen der USA zeigt sich auch in der stärkeren Zusammenarbeit Indiens mit den Staaten der ASEAN und im Ausbau der indisch-israelischen Beziehungen.

Südostasien

In den fünfziger Jahren war Nehru an der Beilegung regionaler Konflikte in Indonesien und Indochina beteiligt. Allerdings verfolgten Indien und die Staaten Südostasiens eine sehr unterschiedliche Politik, so daß während des Ost-West-Konflikts keine dauerhafte Zusammenarbeit zustande kam: Die Staaten Südostasiens traten westlichen Militärbündnissen bei, um der kommunistischen Bedrohung zu begegnen, während Indien auf eine Politik der Blockfreiheit setzte. Wirtschaftlich betrieb Indien eine binnenorientierte Politik, wohingegen die Staaten Südostasiens eine exportorientierte Entwicklungsstrategie verfolgten. Die Gründung der ASEAN 1967 wurde deshalb in Indien mit gemischten Gefühlen verfolgt.[72] Einerseits

68 Zum Bann der LTTE in Großbritannien 2001 vgl. Rohan *Gunaratna*, A Haven Lost. Will the British Ban Seriously Affect the Liberation Tigers of Tamil Eelam's Support Operations from Europe?, in: Frontline, 18 (14.–27.4.2001) 8.
69 Vgl. Nirupama *Subramanian*, Honour Truce Terms, U.S. Tells LTTE, in: The Hindu, 12.3.2002.
70 Vgl. *Crossette*, Sri Lanka [wie Fn. 65], S. 34.

71 Jaswant *Singh*, India's Perspective on International and Regional Security Issues, Vortrag am 17. Januar 2001 in Berlin, verteiltes Manuskript, S. 12/13. Der Text der Rede findet sich auf der Homepage der indischen Botschaft in Deutschland unter http://www.indianembassy.de/dgap.htm.
72 Zu Indiens Politik gegenüber der ASEAN vgl. Kripa

wollte Indien eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Südostasien und teilte die sicherheitspolitischen Bedenken in der Region gegenüber China und den von der VR unterstützten kommunistischen Bewegungen in Südostasien. Andererseits blieb die indische Regierung skeptisch, da die pro-westliche Bündnisorientierung der ASEAN-Staaten den außenpolitischen Prinzipien Indiens nach größtmöglicher Unabhängigkeit zuwiderlief. Auf seiten der ASEAN gab es nur wenig Interesse, Indien in die neue Organisation aufzunehmen, da man befürchtete, daß regionale Konflikte wie Kaschmir die Organisation belasten würden.[73] In den siebziger Jahren behinderten die guten Beziehungen Indiens zu Vietnam eine Annäherung an das Bündnis, während in den achtziger Jahren die divergierenden Haltungen Indiens und der ASEAN in der Frage Kambodscha eine stärkere Zusammenarbeit nicht zustande kommen ließen.[74]

Erst die Regierung von Narasimha Rao unternahm in den neunziger Jahren mit ihrer »Look East«-Politik einen neuen Anlauf, die Beziehungen zur ASEAN zu verbessern.[75] Durch die Liberalisierung in Indien rückten nach 1991 auch in der Außenpolitik wirtschaftliche Aspekte stärker in den Vordergrund. Die Schwellenländer Südostasiens galten als ideale Wirtschaftspartner, die Indien den Zugang zum asiatisch-pazifischen Raum ermöglichen sollten. Zugleich entwickelten sich verstärkt gemeinsame sicherheitspolitische Interessen. Indien und die ASEAN haben seitdem ihre institutionellen Kontakte kontinuierlich ausgebaut. Bereits 1992 war Indien sektoraler und seit 1996 voller Dialogpartner der ASEAN. Eine Reihe gemeinsamer Einrichtungen, wie ASEAN–India Joint Sectoral Cooperation Committee (AIJSCC), ASEAN–India Business Council (AIBC) und India–ASEAN Economic Cooperation Committee, sollte den bis dahin nur schwach entwickelten Handel zwischen Indien und den ASEAN-Staaten fördern. Im sicherheitspolitischen Bereich zählte Indien zu den Gründungsmitgliedern des 1993 gegründeten ASEAN Regional Forum (ARF). Damit kam es erstmals zu direkten sicherheitspolitischen Gesprächen mit den USA, China und der EU, die diesem Gremium ebenfalls angehören.

Während sich die sicherheitspolitischen Bindungen der USA in Südostasien in den neunziger Jahren eher abschwächten, verstärkten sie sich von indischer Seite. Die Clinton-Regierung verlagerte ihren regionalen Schwerpunkt auf Nordostasien und betonte globale Fragen wie die Nichtweiterverbreitung, den Schutz geistigen Eigentums sowie die Förderung von Demokratie und Menschenrechten. Damit standen die ASEAN-Staaten vor der Herausforderung, die militärische Präsenz der USA in der Region zu sichern, um möglichen hegemonialen Ambitionen Chinas im südchinesischen Meer zu begegnen.[76]

Daraus entwickelte sich eine bis dahin nicht gekannte Annäherung der Interessen zwischen Indien, den ASEAN-Staaten und den USA. Die südostasiatischen Regierungen hatten ein stärkeres Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit Indien und waren, im Unterschied zu den USA und China, sehr zurückhaltend mit ihrer Kritik an den indischen Nuklearversuchen. Indien sah sich deshalb bereits als »balancing power«[77] gegenüber China in der Region. Die indische Regierung hat zudem wiederholt ihre Ansprüche auf eine größere Mitsprache im asiatisch-pazifischen Raum kundgetan, um gleichberechtigten Zugang zu Institutionen wie der APEC zu erhalten.[78]

Die USA waren zudem im Rahmen des Kampfes gegen den Terrorismus bereit, mit Indien in Südostasien zusammenzuarbeiten. Deputy Secretary of Defense Wolfowitz machte auf der »Asia Security Conference« im Sommer 2002 in Singapur den Vorschlag, daß die indische Marine amerikanische Schiffe durch die Strasse von Malakka begleiten solle. Indien ist bislang in die Operation »Enduring Freedom« mit Patrouillenfahrten in der Straße von Malakka eingebunden. Die Vorschläge der USA verstärkten zugleich auch die militärische Zusammenarbeit mit Indien.[79]

Sridharan, The ASEAN Region in India's Foreign Policy, Dartmouth 1996.

73 Ebd., S. 50.

74 Vgl. Asis Kumar *Majumdar*, South-East Asia in Indian Foreign Policy. A Study of India's Relations with South East Asian Countries from 1962–1982, Calcutta 1982, S. 182.

75 Vgl. Narasimha P.V *Rao*, India and the Asia-Pacific: Forging a New Relationship, Singapur 1994 (Singapore Lecture Series).

76 Vgl. Kay *Möller*, ASEAN and the United States: For Want of Alternatives, in: Jörn *Dosch*/Manfred *Mols* (Hg.), International Relations in the Asia-Pacific. New Patterns of Power, Interest and Cooperation, Hamburg/London 2000, S. 154.

77 *Government of India. Ministry of External Affairs*, Annual Report 1998–99, New Delhi 1999, S. 77.

78 Amit *Baruah*, We Are a Principal Player in Asia-Pacific: PM, in: The Hindu, 10.4.2002.

79 Vgl. Amit *Baruah*, U.S. Envisages New Role for India in East Asia, in: The Hindu, 4.6.2002.

Westasien/Indischer Ozean

Während die USA in Israel ihren wichtigsten Verbündeten im westasiatischen Raum sehen, verfügt Indien traditionell über gute Beziehungen zur arabischen Welt. Die Umarmung des indischen Außenministers Gujral mit Saddam Hussein hatte dies noch 1990 unterstrichen. Doch bereits im zweiten Golfkrieg stellte die Minderheitsregierung von Premierminister Chandra Shekhar den USA indische Flugplätze zum Auftanken zur Verfügung. Die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Israel unterstützte zugleich die parallel einsetzende Annäherung an die USA.[80] Trotz der guten Beziehungen Indiens zur arabischen Welt hatte die Organisation Islamischer Staaten zunehmend die Haltung Pakistans in der Kaschmirfrage übernommen. Innenpolitisch nahm die Bedeutung der muslimischen Wählerstimmen angesichts der wachsenden Mobilisierung der unteren Kasten ab. Die Kongreßregierung mußte deshalb keine nachhaltigen innenpolitischen Proteste wegen der Aufnahme der Beziehungen zu Israel befürchten.

Die neunziger Jahre brachten einen Ausbau der rüstungstechnischen Zusammenarbeit, da Indien großes Interesse an israelischer Elektronik-, Raketen- und Aufklärungstechnologie hatte. Die Lieferung israelischer Green-Pine-Radaranlagen im März 2001, die Unterzeichnung eines Verteidigungsabkommens im Juli in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar, welches die Lieferung von drei Phalcon-Aufklärungsflugzeugen einschloß, sowie die Aufnahme eines strategischen Dialogs im September des gleichen Jahres verdeutlichen die Zunahme der sicherheitspolitischen und rüstungstechnischen Zusammenarbeit beider Staaten.[81] Hier spielen auch die Beziehungen zu den USA eine wichtige Rolle, die durch die gemeinsame Entwicklung oder die technische Zusammenarbeit mit Israel ein Mitspracherecht beim Export in Drittstaaten haben. Der Lieferung der Phalcon nach Indien haben sie zugestimmt, gegen deren Lieferung nach China jedoch Einspruch eingelegt. Indien hat zudem Interesse am israelischen Arrow-System, einem Raketensystem zur Abwehr ballistischer Raketen. Das Pentagon hat die Lieferung des Systems nach Indien unterstützt, das State Department steht dem skeptisch gegenüber, weil es eine Belastung der indisch-pakistanischen Beziehungen und Probleme mit dem Raketentechnologiekontroll-Regime (MTCR) befürchtet. Die Lieferung oder Verweigerung des Arrow-Systems wird damit auch ein Testfall für die Ernsthaftigkeit der indisch-amerikanischen Rüstungskooperation.

Neben Israel hat Indien auch seine Beziehungen zu Saudi-Arabien, einem zentralen Verbündeten der USA in der Region, ausgebaut. Die Golfregion ist für Indien hinsichtlich der Rohöllieferungen, als Absatzmarkt für indische Produkte sowie als Arbeitsmarkt für etwa 2,5 Millionen indische Gastarbeiter von Bedeutung. Der Besuch Jaswant Singhs im Januar 2001 in Riad war der erste Besuch eines indischen Außenministers in Saudi-Arabien, das mit einem Anteil von 25 Prozent der wichtigste Erdöllieferant Indiens ist.

Im Hinblick auf die Beziehungen zum Irak und zu Iran bestehen jedoch deutliche Unterschiede zwischen Indien und den USA, die beide Länder auf die Liste der Schurkenstaaten gesetzt haben. Indien hat im zweiten Irakkrieg die Haltung der USA nicht unterstützt, sondern sich für eine Lösung der Irak-Frage im VN-Rahmen ausgesprochen.[82] Die indische Regierung hat den militärischen Einsatz der USA und ihrer Verbündeten kritisiert, da sie eine externe Einmischung in innere Angelegenheiten bzw. das Ziel des auf solche Weise erzwungenen Regimewechsels im Irak strikt ablehnt.

Mit Iran hat Indien seine Beziehungen in den vergangenen Jahren weiter ausgebaut. Mitte der neunziger Jahre haben Indien, Iran und Turkmenistan ein Handelsabkommen unterzeichnet, das Indien einen besseren Zugang nach Zentralasien ermöglicht. Im Mai 2000 richteten Indien und Iran eine Arbeitsgruppe zu Energiefragen ein, und der Besuch von Präsident Khatami im Januar 2003 hat die gemeinsamen Interessen beider Staaten in Fragen von Energie und Sicherheit erneut unterstrichen. Ein Konflikt um Iran könnte somit auch für das indisch-amerikanische Verhältnis in Westasien zu einer Belastungsprobe werden.

Deutlich größere Übereinstimmungen ergaben sich zwischen Indien und den USA im Indischen Ozean. In der Vergangenheit hatte Indien die militärische

80 Zur Entwicklung des indisch-israelischen Verhältnisses vgl. Farah *Naaz*, Indo–Israel Relations: An Evolutionary Perspective, in: Strategic Analysis, 23 (September 1999) 6, S. 241–254; *dies.*, Indo-Israel Military Cooperation, in: Strategic Analysis, 24 (August 2000) 5, S. 969–986.

81 Vgl. Israel Supplies Radar to India, in: The Hindu, 21.3.2001; India, Israel Sign $2 Billion Arms Deal, in: Times of India, 17.7.2001; India, Israel Begin Strategic Dialogue, in: The Hindu, 12.9.2001.

82 Zur Ablehnung eines amerikanischen Alleingangs gegenüber dem Irak vgl. die Ausführungen des neuen indischen Außenministers Yashwant Singh in: Pakistan Zentrum des Terrorismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.10.2002.

Präsenz der USA im Indischen Ozean, vor allem den Stützpunkt auf Diego Garcia, immer wieder heftig kritisiert. Durch die veränderten nationalen und internationalen Konstellationen haben sich aber auch die indischen Prioritäten geändert. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Wirtschaftsreformen gaben Fragen der Energiesicherheit einen neuen Stellenwert in der indischen Außenpolitik. Mit den USA verbindet Indien jetzt stärker als zuvor die Frage der politischen Stabilität im Mittleren Osten sowie die Sicherung der Seewege nach Ost- und Südostasien.[83]

Zusammenfassung

Die Annäherung der Interessen Indiens und der USA in Südasien und im südlichen Asien in den neunziger Jahren weist zum Teil erstaunliche Brüche mit der Vergangenheit auf. In Südasien hat der Kampf gegen den Terrorismus die USA zu einem wichtigen externen Akteur in den indisch-pakistanischen Beziehungen gemacht, eine Entwicklung, die indische Regierungen bislang mit aller Kraft zu verhindern versuchten. Ausgehend vom Kargilkrieg 1999, machte Indien zunächst die Erfahrung, daß eine Internationalisierung des Kaschmirproblems durch Einbeziehung der USA durchaus in Einklang mit den eigenen Interessen sein konnte. Im Frühjahr 2003 war aber angesichts der andauernden Infiltration eine gewisse Ernüchterung hinsichtlich des amerikanischen Einflusses auf Pakistan eingetreten. Pakistan seinerseits schien mit der Internationalisierung zunächst ebenfalls einen Erfolg zu verbuchen. Doch zeigte sich rasch, daß die Regierung in Islamabad deutlich größere Zugeständnisse dafür machen mußte, nämlich die Beendigung bzw. Einschränkung der Unterstützung für die Taliban und die militanten Gruppen in Kaschmir.

Im Unterschied zu den Beziehungen mit Pakistan hat Indien im südasiatischen Umfeld seine früheren Ansprüche, exklusive Ordnungsmacht in der Region zu sein, mittlerweile zurückgestellt. Die Unterstützung der USA für Nepal und Sri Lanka, die in den achtziger Jahren noch beträchtliche Verstimmung im indisch-amerikanischen Verhältnis ausgelöst hätte, wird heute von Indien akzeptiert. Vor dem Hintergrund des lange gehegten Anspruchs Indiens, daß sich keine externen Mächte in Südasien einmischen und daß alle Konflikte nur mit Hilfe Indiens beigelegt werden sollen, wird die Tragweite dieser Veränderungen deutlich. Dies spiegelt einen neuen Pragmatismus der indischen Außenpolitik wider, der versucht, nationale Interessen auch mit Hilfe anderer Großmächte durchzusetzen.

Die gemeinsamen Interessen mit den USA in Südostasien – China, Terrorismus und Sicherung der Seewege – haben ebenfalls zugenommen. Zur Unterstützung des US-Engagements in der Region soll Indien stärker als bislang herangezogen werden, was durch seine engen Verbindungen mit den ASEAN-Staaten auch von den meisten Staaten der Region unterstützt wird. In Westasien sind hingegen größere Probleme zu erkennen. Die guten Beziehungen zu Israel und Saudi-Arabien stimmen mit den regionalen Interessen der USA überein. In bezug auf das Vorgehen im Irak und in den Beziehungen zu Iran sind jedoch deutliche Unterschiede erkennbar.

83 Vgl. Raja C. *Mohan*, India, U.S. and Gulf Security, in: The Hindu, 29.3.2001.

Zusammenfassung und Ausblick: Strategische Allianz oder Zweckbündnis?

Wenn sich strategische Allianzen von Zweckbündnissen dadurch unterscheiden, daß es im ersten Fall neben den gemeinsamen Interessen in einzelnen Politikfeldern noch zusätzlich eine Basis an gemeinsamen Werten gibt, die als Grundlage des bilateralen Verhältnisses gesehen werden, dann weisen die indisch-amerikanischen Beziehungen seit Ende der neunziger Jahre deutlich in Richtung strategische Allianz. Vor allem der Clinton-Besuch 2000 sowie der Ausbau der Beziehungen unter der Regierung Bush haben zu einer Aufwertung Indiens in der Außenpolitik der USA beigetragen. Diese sehen in Indien zunehmend eine Großmacht und einen wichtigen Partner für eine langfristige Zusammenarbeit im asiatisch-pazifischen Raum, mit dem sie gemeinsame politische Werte sowie eine Reihe von wirtschafts- und sicherheitspolitischen Zielen teilen. Indien sieht in den verbesserten Beziehungen zur Supermacht USA eine Möglichkeit, seine eigenen Ambitionen auf einen Großmachtstatus im internationalen Systems des 21. Jahrhunderts zu verwirklichen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges haben Indien und die USA in zahlreichen offiziellen Verlautbarungen ihre demokratischen Werte zur Grundlage der gemeinsamen Beziehungen erklärt. Wirtschaftlich hat Indien mit seinen Reformen nach 1991 eine Liberalisierung und Weltmarktintegration eingeleitet, die von den USA seit langem angemahnt worden war. Sicherheitspolitisch stehen beide Staaten chinesischen Hegemoniebestrebungen kritisch gegenüber und haben im Kampf gegen den militanten islamischen Fundamentalismus ein gemeinsames Feindbild gefunden. Indien befürwortet zudem die amerikanischen Pläne für ein Raketenabwehrsystem und lehnt wie die USA die Einrichtung des internationalen Strafgerichtshofes ab. Hinzu kommt mit den Indian Americans erstmals eine wirtschaftlich und politisch wichtige Lobby in den USA. Selbst wenn deren Einfluß auf den außenpolitischen Prozeß begrenzt bleibt, wird sie indienrelevante Themen in stärkerem Maß als zuvor in die innenpolitischen Agenda der US-Außenpolitik einbringen.

Indien und die USA weisen damit wie nie zuvor in der Geschichte ihrer Beziehungen Gemeinsamkeiten in Politik (Demokratie) und Wirtschaft (Marktwirtschaft) auf, die im Unterschied zur Phase des Ost-West-Konflikts jetzt auch von beiden Seiten betont werden. Die veränderten nationalen und internationalen Konstellationen haben des weiteren eine bislang nicht gekannte Annäherung ihrer regionalen Interessen in Südasien, Südostasien und in Teilen Westasiens zur Folge gehabt.

Trotz gemeinsamer Grundpositionen gibt es auch in strategischen Allianzen Konflikte und Differenzen. So haben Indien und die USA weiterhin eine Reihe von Problemen, deren Konfliktpotential aber gegenwärtig als vergleichsweise gering eingestuft werden kann. Im wirtschaftlichen Bereich gibt es Reibungspunkte durch die Mißachtung von Patentrechten durch indische Firmen, die sich ihrerseits über mangelnden Marktzugang in den USA beklagen. Im kulturellen Bereich bleibt abzuwarten, inwieweit hindu-nationalistische Vorstellungen mit westlichen Konzeptionen von Menschen- und Minderheitenrechten kollidieren werden. Bei den regionalen Interessen ergeben sich besonders hinsichtlich der Beziehungen zu Pakistan und zu Iran deutliche Unterschiede.

Im sicherheitspolitischen Bereich wird der Wandel zwischen Indien und den USA besonders deutlich. Beide Staaten haben weiterhin eine konträre Haltung zum NVV, doch hat die Durchsetzung dieses Kontrollregimes unter der Bush-Regierung im Gegensatz zur ersten Clinton-Administration deutlich an Bedeutung verloren. Indien befürwortet, ebenso wie Rußland und China, eine multipolare Weltordnung und lehnt einen amerikanischen Unilateralismus ab, sofern er eine Einmischung in innere Angelegenheiten zur Folge hat. Bei der Frage der Übergriffe auf religiöse Minderheiten in Indien zeigt sich ebenfalls, daß die USA ihre kritische Haltung in dieser Frage von Anfang der neunziger Jahre mittlerweile zurückgestellt haben.

Allerdings gibt es in Indien auch skeptische Stimmen, die sich eher für ein Zweckbündnis mit den USA, im Sinn einer sachorientierten Zusammenarbeit, aussprechen. Eine solche Politik würde die jeweils neu zu bestimmenden gemeinsamen Interessen in den Vordergrund rücken und weniger die gemeinsamen Werte. Die Vertreter dieser Position verweisen darauf, daß sich gerade die USA in der Vergangenheit wiederholt als unzuverlässiger Partner Indiens erwiesen

haben. Veränderte innenpolitische Konstellationen in den USA könnten damit die strategische Allianz rasch an ihre Grenze kommen lassen. Ob die von der traditionell pro-westlich orientierten BJP forcierte strategische Allianz mit den USA auch von einer außenpolitisch eher auf Unabhängigkeit abzielenden Kongreßregierung fortgeführt wird, bleibt abzuwarten. Angesichts der veränderten internationalen und nationalen Konstellationen sind aber eher graduelle als substantielle Veränderungen in der indischen Außenpolitik bei einem möglichen Regierungswechsel zu erwarten.

Unabhängig von dieser Diskussion haben Indien und die USA aber seit Anfang der neunziger Jahren eine Reihe gemeinsamer Wert- und Zielvorstellungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Sicherheit sowie gemeinsame regionale Interessen in West-, Süd- und Südostasien entwickelt. Die bilateralen Beziehungen stehen damit auf einer stabilen Grundlage, so daß eine neue Phase der Entfremdung wie zu Zeiten des Ost-West-Konflikts in den kommenden Jahren wenig wahrscheinlich ist.

Abkürzungsverzeichnis

AIBC	ASEAN–India Business Council
AIJSCC	ASEAN–India Joint Sectoral Cooperation Committee
ARF	ASEAN Regional Forum
ASEAN	Association of South East Asian Nations
BJP	Bharatiya Janata Party
BNP	Bangladesh Nationalist Party
CENTO	Central Treaty Organization
CTBT	Comprehensive Test Ban Treaty
DPG	Defence Policy Group
G15	Gruppe der 15 Staaten
G20	Gruppe der 20 Staaten
GSOMIA	General Security of Military Information Agreement
IACPA	India Abroad Centre for Political Awareness
IORARC	Indian Ocean Rim Association for Regional Cooperation
ISI	Inter-Services Intelligence
IWF	Internationaler Währungsfonds
J&K	Jammu & Kaschmir
LCA	Light Combat Aircraft
LTTE	Liberation Tigers of Tamil Eelam
MTCR	Missile Technology Control Regime
NETSAP	Network of South Asian Professionals
NNPA	Nuclear Non-Proliferation Act
NRI	Non Resident Indians
NVV	(Nuklerarer) Nichtverbreitungsvertrag
NWWO	Neue Weltwirtschaftsordnung
PAC	Political Action Committee
PIO	People of Indian Origin
PMO	Prime Minister's Office
RSS	Rashtriya Swayamsevak Sangh (Nationales Freiwilligenkorps)
SAARC	South Asian Association for Regional Cooperation
SEATO	South East Asian Treaty Organization
TRIPS	Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights
USCIRF	U.S. Commission on International Religious Freedom
VHP	Vishwa Hindu Parishad (Weltrat der Hindus)
VN	Vereinte Nationen
VR	Volksrepublik
WTO	World Trade Organisation